



Kommunalwahlprogramm 2020

DIE LINKE. Straubing

sozial + gerecht + demokratisch
+ ökologisch + friedlich
= gemeinwohlverpflichtet

**Gemeinwohlorientierung für ein
lebenswertes Straubing!**

DIE LINKE.

Impressum und Kontakt:

DIE LINKE.

Kreisverband Niederbayern Mitte

DIE LINKE. Kreisverband Niederbayern-Mitte

c/o DIE LINKE. Landesverband Bayern

Äußere Cramer-Klett-Straße 11-13

90489 Nürnberg

Telefon: +49 851 98 83 26 98

E-Mail: vorstand@die-linke-niederbayern-mitte.de

www.die-linke-niederbayern-mitte.de

V.i.S.d.P.:

Dennis Neubert, Sprecher DIE LINKE. Kreisverband Niederbayern-Mitte

c/o DIE LINKE. Landesverband Bayern

Äußere Cramer-Klett-Straße 11-13

90489 Nürnberg

Redaktion:

Gottfried Beicht M. A., Melanie Demmelhuber, Johannes Falke, Stefan Hölzl,

Dennis Neubert, Karl Ringlstetter, Maximilian Spielbauer, Johannes Spielbauer

Layout und Druck:

Dennis Neubert

Wenn Du mehr hast, als Du brauchst, baue einen längeren Tisch, keinen höheren Zaun.¹

Inhalt:

I. DIE LINKE. Straubing: sozial + gerecht + demokratisch ökologisch + friedlich = gemeinwohlverpflichtet!	2
A. Straubing braucht DIE LINKE!	4
1. Soziale Gerechtigkeit beginnt in Straubing!	4
2. Demokratie beginnt in Straubing!	4
3. Gemeinwohl vor Profit auch in Straubing!	4
4. Unsere Ziele für Straubing / Die 17 Nachhaltigkeitsziele der UN	5
B. Menschenrechte, Frieden und Demokratie	7
1. Gleichberechtigung und Gleichstellung	7
2. Frieden und Demokratie	10
3. Soziale Gerechtigkeit	13
4. Solidarität mit Geflüchteten	15
C. Stadtökologie und Stadtentwicklung	16
1. Wohnen	16
2. Grüne und lebenswerte Stadt Straubing	19
3. Lebendige Innenstadt	20
4. Kunst und Kultur	22
5. Bildung	24
6. Wasser, Abwasser, Energie, Natur- und Umweltschutz	25
7. Radverkehr, Schulwegsicherheit und ÖPNV	27
D. Gesundheit	31
1. Prävention und Gesundheitsförderung	31
2. Pflegestützpunkt für Straubing	31
3. Versorgung von Kinderun und Jugendlichen mit psychiatrischer / psychologischer Begleitung	31
4. Koordinationsstelle für Hebammenversorgung	32
5. Schwangerschaftsabbrüche ermöglichen	32
6. Kinderschutz	32
E. Finanzen	34
1. Die Grundsteuer-Reform	34
2. Der steuerliche Querverbund	34
3. Die Schuldenbremse	35
4. Unsere Finanzpolitik im Stadtrat	35
II. Anhang mit Verweisen	37

Hinweise:

In diesem Wahlprogramm wird das Gendersternchen² (z. B. Wähler*innen) verwendet, damit alle Menschen angesprochen werden. Außerdem haben wir weitergehende Begründungen und Nachweise zu unseren Themen, Thesen, Feststellungen und Forderungen wegen der besseren Lesbarkeit des Textes in ein umfangreiches Glossar ausgelagert, welches diesem Wahlprogramm als Anhang ab Seite 37 beigelegt ist.

**I. DIE LINKE. Straubing:
sozial + gerecht + demokratisch + ökologisch + friedlich =
gemeinwohlverpflichtet!**

In vielen demokratischen Ländern der Erde ist die Gemeinwohlverpflichtung einer der höchsten Grundsätze. Davon ist bei uns im wirtschaftlichen und politischen Handeln jedoch kaum noch etwas zu finden. DIE LINKE. Straubing möchte diesen Richtwert in alle Bereiche der Kommunalpolitik zurückbringen.

Schon in der Bayerischen Verfassung steht seit 100 Jahren: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl.“³ Auch im Grundgesetz ist diese Richtschnur seit 1949 fixiert: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“⁴

Weder auf kommunaler, noch auf nationaler oder globaler Ebene ist im Werte- und Wirtschaftssystem etwas von dieser »Gemeinwohlverpflichtung« erkennbar. Egoismus, Ellenbogenmentalität, Machtmissbrauch, Konkurrenz und Umweltzerstörung prägen die Postmoderne und schädigen unsere Demokratie. Mittlerweile muss sogar von »Postdemokratie« gesprochen werden, in der zwar noch die Gewaltenteilung gilt, das Sagen aber Großkonzerne und Despoten haben. Mit ihren Geldmitteln können sie sich Fernsehsender, Zeitungen, Politiker und Lobbyisten kaufen, die Politik bestimmen und ihren Beitrag zum Allgemeinwohl durch Steuervermeidung kleinrechnen.

Wenn wir Klimakrise, Umweltzerstörung und Aushöhlung unserer Demokratie stoppen wollen, müssen wir ab sofort zu Gemeinwohlgesichtspunkten im wirtschaftlichen und politischen Handeln zurückkehren. Die finanzielle Profitmaximierung für einige Wenige muss abgelöst werden durch die Maximierung des Gemeinwohls. Das kapitalistische System wird dadurch wieder vom Kopf auf die Füße gestellt, dass das Gemeinwohl als Ziel allen Wirtschaftens und aller Politik verfolgt wird. Diese Maxime betrifft nicht nur Betriebe und Konzerne, sondern genauso jeden Einzelnen, den Staat und die Kommunen, denn alle genannten sind Teilnehmende an der Wirtschaft und am politischen Leben.

DIE LINKE. Straubing setzt sich in der Kommunalpolitik deshalb zum Ziel, der Gemeinwohlorientierung allen wirtschaftlichen und politischen Handelns zum Durchbruch zu verhelfen und stellt ihr Kommunalwahlprogramm unter die Überschrift »Gemeinwohlorientierung«. Im neu gewählten Stadtrat werden wir alle Vorhaben auf diesen Grundsatz hin prüfen.⁵ Dazu gehören Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, Transparenz und demokratische Mitbestimmung. Gerade in der Kommunalpolitik gibt es dafür viele Einflussmöglichkeiten, z. B. im Baubereich, in der Verwaltung, in Städtischen Betrieben (z. B. Gärtnerei) oder in Betrieben mit städtischer

Beteiligung (z. B. Hafen), bei Auftragsvergaben u.v.m.⁶ Die gesamte Stadtverwaltung soll sich zukünftig an diesen Werten orientieren und neben einer finanziellen Bilanz eine Gemeinwohl-Bilanz erstellen, um wichtigeren Werten als Geld zur Geltung zu verhelfen. Es ist höchste Zeit, dass Straubing guten Beispielen wie Wien oder Stuttgart folgt!⁷ Die Einhaltung der Gemeinwohlverpflichtung könnte z. B. ein Gremium kontrollieren, welches ähnlich konzipiert ist wie Ethik-Kommissionen für den Gesundheitsbereich.

Dafür tritt DIE LINKE bei der Kommunalwahl in Straubing an!

A. Straubing braucht DIE LINKE!

1. Soziale Gerechtigkeit beginnt in Straubing!

Unser Ziel ist eine solidarische Gestaltung des Gemeinwesens. DIE LINKE verbindet die Arbeit im Stadtrat mit dem Engagement in außerparlamentarischen Initiativen und Bewegungen, in Sozial- und Umweltverbänden, in Sportvereinen, in der Flüchtlingshilfe und als soziale Kraft in der Nachbarschaft.

Die im Januar 2019 eingerichtete kostenlose Existenzsicherungsberatung »DIE LINKE hilft!« ist ein gutes Beispiel für unsere Nachbarschaftsverbundenheit und soziale Verantwortung. Sie wird zunehmend und gerne angenommen. Das vollständig auf unsere Kosten eingerichtete umfassende und hochqualifizierte Sozialberatungsangebot wird man so kein zweites Mal in Straubing finden.

2. Demokratie beginnt in Straubing!

DIE LINKE kämpft für die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, die auf den Lohn aus Arbeit angewiesen ist und nicht von ihrem Vermögen lebt. Die Wirtschafts- und Lebensformen des »Bruttoinlandsglücks« (Bhutan)⁸, des »Buen Vivir« (Südamerika)⁹, der »Gemeinwohl Ökonomie« (Europa)¹⁰ sowie der »Care-Ökonomie« (Sorgearbeit)¹¹ beschreiben in ähnlicher Form das, was wir LINKE mit »Demokratischer Sozialismus«¹² meinen. Geld soll auf seine ursprüngliche Funktion als Mittel zur Erreichung des größtmöglichen Gemeinwohls zurückgeführt werden, welches ohne Umweltschutz, demokratische Mitbestimmung und soziale Gerechtigkeit nicht zu denken ist.

Für Demokrat*innen ist es auch schwer zu ertragen, wie Parlamente und Regierungen in Deutschland immer wieder unsere Verfassung brechen und vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) gestoppt werden müssen. Aktuell musste das BVerfG die allzu harten Sanktionen bei Hartz IV als mit der Menschenwürde und dem Sozialstaatsgebot unvereinbar und deshalb verfassungswidrig stoppen.¹³ DIE LINKE. Straubing wird deshalb weiterhin mutig allen Tendenzen entgegen treten, welche unsere Verfassung untergraben oder z. B. auf kommunaler Ebene Menschenrechte verletzen.

3. Gemeinwohl vor Profit auch in Straubing!

Ein wichtiger Bestandteil von Gemeinwohlorientierung ist selbstverständlich der Umweltschutz. Es geht aber auch um nichts Geringeres als die Verwirklichung der Menschenrechte, Chancengleichheit, Geschlechtergerechtigkeit, seelische und körperliche Gesundheit, Lebenszufriedenheit und die Beendigung ausbeuterischer Beziehungen.

Dazu gehört auf kommunaler Ebene, dass die zentralen Bereiche der Daseinsvorsorge wie Gesundheit, Wohnen, Bildung, Energie, Wasser und Verkehr nicht

weiter von Profitlogik bestimmt werden, sondern dem in der Verfassung festgelegten Ziel des Gemeinwohls dienen. Diese Bereiche müssen in öffentlicher Hand bleiben oder wieder in diese zurückgeholt werden, um eine faire Daseinsvorsorge im Interesse der Allgemeinheit sowie eine gesunde Umwelt und ein solidarisches und friedliches Miteinander aller in Straubing lebenden Menschen sicherzustellen.

4. Unsere Ziele für Straubing / Die 17 Nachhaltigkeitsziele der UN

Unsere wichtigsten Ziele und Vorhaben sind die Gestaltung der Wohnungspolitik mit der Folge bezahlbarer Mieten, die Belebung der Innenstadt, die Bekämpfung von Schotter- und Betonwüsten, sowie des Flächenverbrauchs. Wir wollen mehr dezentrale Energieerzeugung, kostenlosen öffentlich Personennahverkehr, Schul- und Radwegesicherheit, sowie einen stärkeren Regionalbezug im Sinne kurzer Wege. Auch im Gesundheitswesen muss sich auf kommunaler Ebene einiges bessern. Es bedarf u. A. eines zeitgemäßen kommunalen Gesundheitsmanagements, wie auch eines Pflegestützpunktes.

Besonders am Herzen liegen uns gelebte Demokratie und die Verwirklichung von Menschenrechten. Dazu gehört die Gleichstellung und Gleichberechtigung aller Benachteiligten ebenso wie die Verbesserung aller Sozialen Hilfen einschließlich der Verhinderung von Wohnungslosigkeit und Energiesperren. Unser Augenmerk liegt darüber hinaus auf der Bekämpfung aller demokratiefeindlichen Tendenzen in unserer Gesellschaft u. A. durch Bildungsangebote und mehr Bürger*innen-Beteiligung.¹⁴

Letztlich wollen wir nicht mehr und nicht weniger, als die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele (die Sustainable Development Goals, kurz SDGs) auf kommunaler Ebene, die 2015 von den Vereinten Nationen (UN) ausgerufen wurden. Deren Leitbild ist es, weltweit ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen und gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft zu bewahren. Dies umfasst ökonomische, ökologische und soziale Aspekte. Dabei unterstreicht die Agenda 2030 die gemeinsame Verantwortung aller Akteure: Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft – und jedes einzelnen Menschen.¹⁵ Von diesen **17 Nachhaltigkeitszielen der UN** sind mindestens 13 für Straubing relevant:

- » Armut in jeder Form und überall beenden;
- » Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern;
- » Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern;
- » Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern;
- » Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen;

- » Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten;
- » Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern;
- » Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen;
- » Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen;
- » Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen;
- » Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen;
- » Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverschlechterung stoppen und umkehren und den Biodiversitätsverlust stoppen;
- » Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen.¹⁶

Zumindest diese auf Straubing übertragbaren Nachhaltigkeitsziele gilt es umzusetzen!

Uns ist bewusst, dass die in diesem Wahlprogramm vorgestellten Vorhaben und Ziele nicht alle in einer Wahlperiode verwirklicht werden können, zumal sehr viel Überzeugungsarbeit bei einigen anderen Stadtratsfraktionen erforderlich sein wird. Es ist uns aber eine Richtschnur auch für die Zukunft, es ist **unser Zukunftsprogramm!**

Unser Ziel ist ein liebens- und lebenswertes Straubing für Alle!

B. Menschenrechte, Frieden und Demokratie

1. Gleichberechtigung und Gleichstellung

DIE LINKE legt besonderes Augenmerk auf die Gleichberechtigung und Gleichstellung aller Menschen, die z. B. wegen ihres Geschlechtes, ihrer Hautfarbe, ihre Religionszugehörigkeit, ihres Alters, ihrer Herkunft oder ihres sozialen Status diskriminiert werden. Diskriminierungen widersprechen der Menschenwürde und sind deshalb auf allen Ebenen zu vermeiden. Wichtiger Bestandteil auch der Gemeinwohlorientierung ist neben anderen Faktoren die Gleichberechtigung aller Menschen. Aus Platzgründen können wir uns in diesem Wahlprogramm jedoch nur exemplarisch auf wenige benachteiligte Personengruppen beziehen. Dazu gehören Frauen*, LGBTQI*-Personen und alte Menschen. Auf wohnungs-, langzeitarbeitslose und geflüchtete Menschen gehen wir in weiteren Kapiteln ein.

a) Beseitigung unterschiedlicher Bezahlung

„Noch immer werden Frauen schlechter bezahlt, in Bayern 27% weniger im Schnitt. Insbesondere alleinerziehende Frauen arbeiten oft im Niedriglohnbereich, rund die Hälfte von ihnen ist armutsgefährdet, im Alter droht dann Altersarmut.“¹⁷ Bei der Diskriminierung von Frauen sticht besonders dieser »Gender Pay Gap«¹⁸ ins Auge. Deshalb wird sich DIE LINKE im Stadtrat dafür einsetzen, dass alle Menschen für die gleiche Arbeitsleistung gleich bezahlt werden.

b) Bessere Arbeitsbedingungen in Kitas

Die Personalschlüssel sorgen vielerorts nach wie vor dafür, dass in zahlreichen Kitas nicht kindgerecht betreut werden kann und die Arbeitsbelastung für die Fachkräfte sehr hoch ist. In Kitas arbeiten fast nur Frauen und sie sind durch permanenten Personalmangel überlastet. Wenn in Kitas überwiegend Männer arbeiten würden, sähe die Arbeitssituation sicher wesentlich komfortabler aus. Soweit es im kommunalen Einflussbereich liegt, wollen wir deshalb die Arbeitsbedingungen verbessern.

c) Feminismus

Unsere Gesellschaft ist in allen Bereichen männlich geprägt und auf Männer ausgelegt. Ob Politik, Wissenschaft, Kunst, Medien oder Wirtschaft, beinahe alles wird aus einer männlichen Perspektive gedacht. So lange mehr als 50 % der Bevölkerung diskriminiert werden, kann es keine gerechte Gesellschaft geben! Auch auf kommunaler Ebene wollen wir deshalb nicht nur eine demokratisch sozialistische, sondern auch eine klar feministische Politik machen!

d) Teilhabemöglichkeit für alle Personen

Damit auch Frauen*¹⁹ ungehindert am öffentlichen Leben teilhaben können, sollen alle öffentlichen Treffs so gestaltet und beworben werden, dass auch sie sich dort willkommen fühlen können, z. B. im noch zu errichtenden Bürger*innen- und Kulturzentrum. → s. Kap. C. 4. a)

e) Arbeit der/des Gleichstellungsbeauftragten

DIE LINKE wird die Arbeit des/der Gleichstellungsbeauftragten beleuchten und Verbesserungsvorschläge machen.

f) Geschlechtsspezifische Gleichstellung

Sexuelle Vielfalt ist gesellschaftliche Realität. Gesetze und gesellschaftliche Normen müssen sich dieser Realität anpassen! Wir unterstützen alle Schritte, die dabei helfen, Diskriminierungen im öffentlichen Bereich wie Schule oder Arbeitsplatz oder im Privaten zu beenden und mit den staatlichen oder gesellschaftlichen Geschlechter-Normativitäten²⁰ brechen.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Jugendarbeit zur Unterstützung von Jugendlichen gefördert wird, die sich als lesbisch, schwul, bi-, trans-, queer- oder intersexuell begreifen (LGBTQI-Personen)²¹, sie in der Jugendhilfeplanung besser berücksichtigt, eine unabhängige Anlauf- und Antidiskriminierungsstelle eingerichtet und ihnen eine entsprechende und selbstverwaltete Räumlichkeit zur Verfügung gestellt werden. LGBTQI-Jugendliche benötigen einen Rückzugsort, wo sie sich ungestört und sicher vor Anpöbeleien oder anderen Übergriffen austauschen können.

g) Bessere Beleuchtung und Selbstverteidigungskurse zum Schutz vor Übergriffen

Alle Straubinger*innen sollen durch eine ausreichende Beleuchtung im Bedarfsfall insbesondere in Parkhäusern und Unterführungen besser vor Übergriffen geschützt werden. Selbstverteidigungskurse haben sich bewährt, weil sie u. A. das Selbstbewusstsein stärken, was dann auch nach außen sichtbar wird und so schon einen gewissen Schutz vor Übergriffen bildet. DIE LINKE setzt sich deshalb dafür ein, dass solche Selbstverteidigungskurse verstärkt angeboten und kommunal finanziert werden.

h) Frauen*haus und Frauen*zentrum

In ganz Deutschland sind Frauenhäuser chronisch unterfinanziert.²² Leider ist das in Straubing nicht besser. DIE LINKE. Straubing wird sich deshalb dafür einsetzen, dass das Frauenhaus finanziell und personell qualifiziert ausgestattet wird. Außerdem fordert DIE LINKE den Aufbau eines selbstverwalteten Frauen*zentrums sowie mehr niederschwellige Beratungsangebote für Frauen, die in (potenziellen) Gewaltsituationen leben.

i) Neue Kultur des Alters und des Alterns

Die untauglichen Angebote der Regierungsparteien zur Bewältigung des demographischen Wandels führen zum Absinken des Lebensniveaus im Alter, bedrohen Millionen Menschen mit Altersarmut und beschädigen auf unverantwortliche Weise den Generationenzusammenhalt. Reparaturen an dieser Altenpolitik reichen nicht mehr aus. Notwendig ist eine neue Kultur des Alters und des Alterns.²³ Dafür macht sich DIE LINKE stark!

So muss die fortschreitende Privatisierung in den sozialen Bereichen gestoppt werden! Sie ist eine der Hauptursachen dafür, dass beträchtliche Teile der finanziellen Mittel, die z. B. für Alte bereitgestellt werden, bei diesen nicht ankommen und die Effizienz der Hilfe dadurch insgesamt geschmälert wird.

Das in einem langen Berufs- und Familienleben erworbene Wissen und Können alter Menschen geht oftmals mit ihrem Eintritt in den Ruhestand verloren. Ehrenamtliches Engagement in Senior*innen-Zusammenschlüssen, Wohlfahrtsverbänden und anderen gesellschaftlichen Organisationen wie auch Nachbarschaftshilfe, Unterstützung der Kinder und Betreuung der Enkel muss höhere gesellschaftliche Anerkennung erfahren und durch aktivierende Rahmenbedingungen abgesichert werden. Ehrenamtliches Engagement als Ersatz für den Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung lehnen wir zudem ab!

Zur Weiterentwicklung Straubings zu einer senior*innengerechten Stadt gehören die Stärkung des Senior*innen-Beirates und die Ausweitung von Bildungsangeboten für Senior*innen → s. auch Kap. C. 5. c), insbesondere in der Nutzung neuer Medien. Um der zunehmenden Vereinsamung im Alter entgegenzuwirken, fordert DIE LINKE außerdem stadtteilnahe Senior*innen-Treffs, den Ausbau von Wohnformen wie Mehr-Generationen-Häuser, sowie den Aufbau eines Senior*innen-Taxis für Senior*innen, die keine Bushaltestelle in unmittelbarer Nähe haben, damit deren Grundbedürfnisse auf Mobilität und Teilhabe gewährleistet werden. Außerdem wird DIE LINKE alle Bestrebungen fördern, das Wissen und Können alter Menschen an die jüngere Generation weiterzugeben.

j) Altersarmut und Altersüberschuldung vermeiden

Besonders erschreckend ist die jüngste Erkenntnis der Auskunftei »Creditreform«, die jährlich einen »Schuldenatlas« herausgibt. Für 2019 stellt sie fest: „Innerhalb von nur zwölf Monaten sei die Zahl der überschuldeten Verbraucher ab 70 Jahren um 44,9 Prozent auf rund 380.000 gestiegen. [...] Seit 2013 habe sich die Zahl der überschuldeten Senioren sogar um 243 Prozent erhöht.“²⁴ Als Hauptgründe für die wachsende Altersarmut und Altersüberschuldung machen die Experten „die Rentenreformen der vergangenen Jahre“ aus, „die fast durchweg auf eine Kürzung des Sicherungsniveaus der gesetzlichen Rente abgezielt hätten, [...] die wachsende Zahl unsteter Erwerbsbiografien [...] das Anwachsen des Niedriglohnsektors“ wie auch den „zum Teil dramatische Anstieg der Mieten“.²⁵ DIE LINKE wird sich deshalb dafür einsetzen, dass in den

Straubinger Schuldner*innen-Beratungsstellen²⁶ spezielle Beratungskonzepte für Senior*innen etabliert und gefördert werden, die neben der akuten Beratung und Hilfe auch präventives Arbeiten ermöglichen. Da die Scham und die Schwellenängste bei Altersarmut besonders hoch sind, müssen zielgruppenspezifische Beratungskonzepte auch zur Reduzierung von Altersarmut entwickelt und durchgeführt werden.

k) Barrierefreies Straubing

Wir bekennen uns auf der Grundlage der 2006 ratifizierten UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung zur inklusiv gestalteten Gesellschaft. Das Thema Inklusion und die Teilhabe von Menschen mit Behinderung betrifft alle Menschen in Straubing. Barrierefreiheit hilft uns allen: sei es nach einem Unfall, im Alter oder mit einem Kinderwagen. Zur Realisierung eines barrierefreien Straubings fordert DIE LINKE neben der barrierefreien Gestaltung von Pflasterwegen einen barrierefreien öffentlichen Nahverkehr → s. auch Kap. C. 7. c) durch die flächendeckende Einführung von Fahrzeugen mit Niederflurtechnik und die entsprechende Anpassung der Haltestellen sowie deren Anpassung an Menschen mit Seh- und Hörbehinderung. Zudem bedarf es des Aufbaus bzw. der Erweiterung des Blindenleitsystems, der Kennzeichnung von Stufen und anderen Hindernissen mit Signalfarben, der Ausstattung weiterer Straßenquerungen mit akustischen Ampeln sowie der Installation von Stelen mit Braille-Schrift vor den Gebäuden, bei denen Erklärungen für Sehende angebracht sind. Alle Sitzungen, Sprechstunden und Veranstaltungen der Stadt müssen barrierefrei zugänglich und so gestaltet sein, dass alle Bürger*innen teilnehmen können (bei Bedarf Gebärdendolmetscher*in u. Ä.). Außerdem fordern wir mehr Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung in der Stadtverwaltung und den städtischen Eigenbetrieben.

2. Frieden und Demokratie

Der Frieden ist unser wichtigstes Gut. Einer seiner Grundpfeiler ist unsere Demokratie. Aber leben wir noch in der Demokratie, die sich die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes vorgestellt haben? Oder ist es an der Zeit, antidemokratische Gefahren zu benennen und ihnen entgegen zu wirken? Wir meinen ja und fassen drei Gefahren näher ins Auge: a) Postdemokratie, b) Antidemokratische Weltanschauungen und c) Politikverdrossenheit.

a) Postdemokratie

In der Politischen Philosophie spricht man von »Postdemokratie«²⁷, also einer Demokratieform nach der Demokratie, wenn zwar noch die demokratischen Regeln von Gewaltenteilung und Wahlen gelten, das Sagen tatsächlich aber Medienmogule, Banken und Multinationale Konzerne haben.²⁸ So können multinationale Konzerne mit der Verlagerung von Arbeitsplätzen drohen, wenn sie beispielsweise mit Steuer- oder Arbeitsmarktssystemen nicht zufrieden sind.

Diese Drohkulisse ist so wirkmächtig, dass der Einfluss von Unternehmen und Vermögenden (privilegierte Eliten) auf Regierungsentscheidungen stärker ist als der von anderen Staatsbürgern.²⁹ Selbst führende Politiker und übernationale Stellen (z. B. EU) beteiligen sich am Ausverkauf der Demokratie, indem sie bspw. in Handelsabkommen lediglich die monetären Interessen von Konzernen und Banken schützen, Arbeitnehmer*innenrechte, Umweltstandards und Rechtsstaatlichkeit aber dem »freien Markt« zum Fraß vorwerfen.³⁰ Auch auf kommunaler Ebene müssen wir uns deshalb gegen alle Tendenzen zur Aushöhlung unserer demokratischen Rechte und sozialen Errungenschaften durch die »Mächtigen« wehren.

b) Gegen antidemokratische Weltanschauungen, für ein tolerantes Miteinander

Leider gibt es eine zunehmende Anzahl von Menschen in Straubing, die aus der leidvollen Hitler-Diktatur nichts gelernt haben, oder sie sogar verherrlichen. Nationalismus und Rassismus führen überall auf der Welt zu Hass und Leid.³¹ Sowohl nach den Erfahrungen während des Nazi-Regimes, als auch aufgrund gegenwärtiger Übergriffe und Morde an Demokrat*innen sollten Antifaschismus und Antirassismus Grundpfeiler unserer Gesellschaft werden. DIE LINKE sieht sich als Bollwerk gegen Faschismus und Rassismus und wird sich im Stadtrat dafür einsetzen, dass

- » das Mahnmal für die Opfer des Faschismus im Pulverturm geöffnet wird;
- » städtische Gedenkveranstaltungen an wichtigen Tagen der Geschichte (Reichspogromnacht, Tag der Befreiung, Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus u. Ä.) abgehalten werden;
- » Gedenktafeln für gefallene Soldaten in den Weltkriegen, die Nazis waren, entfernt werden;
- » die Verlegung von Stolpersteinen in der Stadt gefördert wird;
- » Straßen und Plätze umbenannt werden in Namen der Opfer, wenn Namensträger mit den Nazis zusammengearbeitet haben;
- » eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt in Israel und einer Stadt in Palästina zum kulturellen Austausch angestrebt wird;
- » die Opfer- und Ausstiegsberatung, z. B. in Zusammenarbeit mit dem Programm »Demokratie leben«³², intensiviert wird;
- » die Unterstützung der Friedensbewegung durch den Stadtrat und die städtische Verwaltung intensiviert werden.

c) Politikverdrossenheit

Neben den oben beschriebenen, haben viele weitere politische Fehler zu Benachteiligung und Ausgrenzung geführt und dadurch ist eine zunehmende Politikverdrossenheit entstanden. So führen z. B. Langzeitarbeitslosigkeit und die Repressionen von Hartz IV nach einer aktuellen Untersuchung nicht nur in Armut und Isolation. „Die Studie zeigt, dass sich Langzeitarbeitslose aufgrund

von Armut und fehlender sozialer Teilhabe von gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen abwenden und zu ‚Totalverweigerern‘ im politischen System werden.“³³ Das bestehende Hartz IV-System integriert Langzeitarbeitslose nicht in die Gesellschaft, sondern grenzt sie noch weiter aus.³⁴

Vermutlich ist das Gefühl »abgehängt« zu sein auch bei vielen Menschen, die nicht arbeitslos sind, die Triebfeder, sich Pegida, der AfD oder anderen Populisten und Hetzern zuzuwenden. Da die Stadt an der Finanzierung des Repressionssystems Hartz IV beteiligt ist, kommt ihr bei der Bekämpfung solcher Politikverdrossenheit und -verweigerung eine besondere Verantwortung zu! Während möglicherweise die Wähler*innen, die aus ihrer braunen Gesinnung heraus die Neofaschist*innen wählen, für die Demokratie verloren sind, lohnt es sich doch, auf die lediglich von der Politik Frustrierten zuzugehen.

d) Keine Kooperation mit Antidemokraten*innen und Rassist*innen

Auf keinen Fall wird DIE LINKE im Stadtrat irgendwelchen Anträgen zustimmen, die von Antidemokrat*innen oder Rassist*innen gestellt werden. Durch falsch verstandene Toleranz könnte es ansonsten passieren, dass die Toleranten das Nachsehen haben. Mit Neofaschisten oder Rassisten sind keinerlei Bündnisse möglich!

e) Mehr Bürger*innen-Beteiligung

Obwohl Ratsentscheide bereits seit 1995 möglich sind, wurde in Straubing erstmals im Jahr 2019 von diesem Mittel der direkten Demokratie Gebrauch gemacht. Das Thema – die Monoklärschlammverbrennungsanlage – war aber für eine solche Abstimmung äußerst ungeeignet. Selbst Experten waren sich nicht einig, ob die Anlage für Straubing sinnvoll ist oder nicht. Es wirkte eher so, als wolle der Stadtrat eine unliebsame Entscheidung auf die Bürger*innen abwälzen und ihnen den schwarzen Peter bei einem Fehlschlag zuschieben.

DIE LINKE. Straubing hat hier andere Ziele. Wir wollen den Bürger*innen mehr demokratische Mitwirkung ermöglichen und sie bei allen Großprojekten entscheiden lassen, nicht nur bei Projekten, bei denen sich der Stadtrat selbst nicht auskennt.

f) Neutraler Veranstaltungskalender

DIE LINKE. Straubing setzt sich dafür ein, dass ein Veranstaltungskalender erstellt wird, der alle beim Ordnungsamt angemeldeten Infostände und Veranstaltungen neutral bewirbt. Wenn man nämlich keine Tageszeitung abonniert hat oder sie nicht jeden Tag vollständig liest, werden solche Veranstaltungen leicht übersehen. Es besteht die Gefahr, dass demokratiefeindliche Veranstaltungen ohne demokratischen Protest durchgeführt werden könnten oder dass bei demokratischen Veranstaltungen weniger Menschen teilnehmen, als möglich wäre, wenn mehr Menschen davon Kenntnis hätten.

g) Beitritt zum weltweiten Bündnis »Mayors for Peace – Bürgermeister für den Frieden«

DIE LINKE. Straubing setzt sich dafür ein, dass Straubing dem Bündnis »Mayors for Peace - Bürgermeister für den Frieden«³⁵ beitrifft, um ein Signal zu setzen für atomare Abrüstung und friedliches Miteinander aller Staaten.

3. Soziale Gerechtigkeit

Obwohl Bayern zu den wohlhabenden Bundesländern gehört, ist jede*r Sechste von Armut betroffen oder bedroht.³⁶ Prekäre Beschäftigung, Kinder- und Altersarmut nehmen zu und gesellschaftliche Teilhabe nimmt ab. Gab es in Straubing 2008 noch 793 Bezieher von Grundsicherung im Alter, so waren es im Jahr 2018 bereits 1.266.³⁷ Umso wichtiger ist es, dass auch die Stadt Straubing gegensteuert, denn ihr obliegt vordringlich die öffentliche Daseinsvorsorge.

a) Sozialpass nicht nur für Sozialleistungsempfänger*innen

Der Stadtrat Straubing hat am 18.11.2019 die Einführung eines Sozialtickets beschlossen.³⁸ Wir stellen uns hingegen eine Erweiterung zu einem Sozialpass vor, wie er z. B. im Landkreis Landshut existiert³⁹ mit günstigen Busfahrten in der Stadt Straubing und im Landkreis Straubing-Bogen, ermäßigtem Eintritt ins Schwimmbad, zu kulturellen Einrichtungen und Museen, Ermäßigungen für Mitgliedsbeiträge in Sport- und anderen gesundheitsfördernden oder kulturellen Vereinen, VHS u. Ä. → s. auch Kap. C. 5. d). Die Vergabe muss allerdings so erfolgen, dass Stigmatisierungen vermeiden werden.

Dabei sollen nicht nur Menschen berücksichtigt werden, die Sozialleistungen beziehen oder darauf Anspruch hätten, sondern auch Menschen mit bereinigten Einkünften unter 1.200 Euro⁴⁰ netto monatlich, weil z. B. bei Sozialleistungen nicht alle Wohnkosten angerechnet werden, die auch in Straubing steigen.⁴¹

Darüber hinaus ist zu prüfen, ob Energiepreisermäßigungen für Menschen mit niedrigem Einkommen möglich sind.

b) Der Kampf gegen Hartz IV und Sanktionen geht weiter

Darüber hinaus ist es uns wichtig, den Kampf gegen Hartz IV auf allen Ebenen zu führen. Wir wenden uns nicht nur gegen jede Form von Sanktionen bei Hartz IV, sondern gegen die Hartz-Gesetze insgesamt, die zwar zu Beschönigungen der Arbeitslosenstatistiken geführt, in Wirklichkeit aber zu mehr prekären Arbeitsverhältnissen und Armut vieler Erwerbstätiger geführt haben. Unser langjähriger Kampf wurde durch das Bundesverfassungsgericht bestätigt, das harte Sanktionen in Hartz IV für verfassungswidrig erklärt und sofort gestoppt hat.⁴² DIE LINKE. Straubing wird sich dafür einsetzen, dass alle Sanktionen ersatzlos gestrichen werden, weil wir gegen menschenunwürdige Behandlungen sind und dass der Einfluss der Stadt im Jobcenter zur Reduzierung aller Sanktionen genutzt wird.

c) Realistische und transparente Obergrenzen für Kosten der Unterkunft

Die Ermittlung der Obergrenzen für »angemessene Kosten der Unterkunft« für Hartz-IV-Berechtigte muss transparent gemacht und nach den Vorgaben der §§ 22a bis 22c SGB II erfolgen. Dazu muss eine entsprechende Satzung erlassen werden.

d) Energiesperren verhindern

Die Stadtwerke Straubing haben 2017 wegen Zahlungsrückständen 16.242 Mahnungen verschicken müssen, 1.902 Sperren angedroht und fast 1.000 tatsächlich vollzogen.⁴³ „In unserer Region ist Altersarmut deutlich spürbar“⁴⁴, sagt Ralf Zierer vom »Energiespar-Check« zu den Gründen für Energiesperren. Neben dem System zur Prävention von Wohnungsverlust → s. Kap. C. 1. k), ist deshalb auch das zur Prävention von Energiesperren auszubauen. Dabei müssen sowohl Beratungsangebote weiter geführt, wie z. B. der »Energiespar-Check der Caritas«, als auch die Hilfen gem. §§ 22 SGB II und 36 SGB XII frühzeitig eingesetzt werden, weil Sperren und Entsperrungen teurer sind, als vorbeugendes Handeln. Darüber hinaus kann Straubing dem Beispiel der Stadt München folgen und kostenlos stromsparende Haushaltsgeräte an Bedürftige abgeben.⁴⁵

e) Containern⁴⁶ erlauben

Die Stadt soll sich auch für legales Containern und Lebensmittelrettung einsetzen. Obwohl einige Menschen zur Sicherung ihrer physischen Existenz oder aus ökologischen Gründen darauf angewiesen sind, wird Containern und die damit verbundene Lebensmittelrettung von der Rechtsprechung als strafbar angesehen. Auch das will DIE LINKE ändern! Das kann z. B. erfolgen durch eine Reduzierung der Gewerbesteuer, wenn sich ein Betrieb verpflichtet, Containern zuzulassen, oder durch die Genehmigung von Bauanträgen bei Lebensmittelläden, wenn diese das Containern erlauben. Darüber hinaus soll sich die Stadt Straubing über den Städte- und Gemeindebund für die Legalisierung des Containerns einsetzen.

f) Keine Kita-Gebühren und bedarfsgerechte Betreuungseinrichtungen

DIE LINKE fordert ein ausreichendes, flächendeckendes und zeitlich ausge dehntes Angebot an Krippen, Kindergärten und Horten. Das Angebot an kommunalen und konfessionslosen Kitas muss erhöht werden. Wir werden uns im Stadtrat dafür einsetzen, dass keine Kita-Gebühren von Familien mit kleinen und mittleren Einkommen erhoben und dass der Bedarf an Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche realistisch ermittelt werden. Darüber hinaus fordern wir ein gesundes, nachhaltig produziertes und kostenloses Mittagessen in frühkindlichen Einrichtungen sowie in Schulen.

4. Solidarität mit Geflüchteten

a) Sicherer Hafen für Geflüchtete

Geflüchtete aus Kriegs- und Krisengebieten willkommen zu heißen und ihnen bei der Integration zu helfen, ist für DIE LINKE selbstverständlich. Deshalb unterstützen wir alle Menschen und Initiativen, die sich zur Aufgabe gesetzt haben, Geflüchteten eine (evtl. vorübergehende) neue Heimat zu geben, ihnen den Erwerb der deutschen Sprache und der Grundüberzeugungen der Demokratie und der Menschenrechte zu erleichtern. Die Integration von Migrant*innen darf jedoch nicht die alleinige Aufgabe von ehrenamtlichen Helfer*innen sein und es bedarf mehr staatlicher Anstrengungen. Für eine gelingende Integration sehen wir eine Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten sowie einen leichteren und kostenfreien Zugang zu Sprachkursen für Migrant*innen als unerlässlich an.

Wir empfinden es als Skandal, dass die CSU im Straubinger Stadtrat am 18.11.2019 einen Antrag durchgebracht hat, den ÖDP-Antrag zur Beteiligung der Stadt an der Aktion »Sicherer Hafen« von der Tagesordnung zu nehmen, weil die Kommune nicht zuständig sei.⁴⁷ Aus wahlkampfaktischen Gründen Menschenrechte zurück zu stellen, ist weder sozial, noch christlich! Straubing soll ein sicherer Hafen für Geflüchtete werden und sich dazu bereit erklären, in Seenot geratene Menschen aufzunehmen.

b) Fluchtursachen bekämpfen

Gleichzeitig sind Fluchtursachen zu bekämpfen, die häufig dadurch gesetzt sind, dass wir über Handelsverträge Entwicklungsländer ausbeuten. Durch die Stadt Straubing dürfen deshalb keine Produkte oder Dienstleistungen erworben oder zugelassen werden, die durch Kinderarbeit oder andere ausbeuterische Arbeitsbedingungen oder durch Raubbau an der Natur erzeugt wurden. So ist z. B. das Verbot der Einfuhr von Grabsteinen aus Kinderarbeit in der Friedhofsatzung zu verankern und die Einhaltung zu kontrollieren.

C. Stadtökologie und Stadtentwicklung

1. Wohnen –

Bezahlbare Mieten durch gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik

Menschenwürdiges Wohnen ist ein Grundrecht! Nicht ohne Grund ist es in den 17 Nachhaltigkeitszielen der UN enthalten. Auch in Straubing machen steigende Mieten den Menschen zu schaffen und können nach Erfahrungen der Obdachlosenberatung sogar zum Wohnungsverlust führen.⁴⁸ Dabei hätte die Stadt viele Einflussmöglichkeiten dahingehend, Mietsteigerungen zu bremsen. Hier nur einige Beispiele:

a) Bodenvorratspolitik

Seit 125 Jahren betreibt die Stadt Ulm erfolgreich eine »Bodenbevorratungspolitik« und kann damit Grundstücke der Spekulation entziehen, die häufig für hohe Bodenpreise mitverantwortlich ist. Sie kauft mittel- und langfristig Flächen auf und beschließt Bebauungspläne erst dann, wenn sie Eigentümerin des Baugebietes ist. Bauland kann man also nur von der Stadt erwerben, Spekulationen mit Bauland wird so »der Boden entzogen«. Wird von der Stadt Ulm erworbenes Bauland nicht diesem Zweck zugeführt, fällt es über ein Vorkaufsrecht wieder an die Stadt zurück. Ein Weiterverkauf spekulativer Art an Dritte ist nicht möglich.⁴⁹ So existiert im Mietwohnungsbereich durch niedrige Baulandpreise ein gutes Angebot an bezahlbaren Wohnungen.

b) Bodenspekulationsgewinne abschöpfen

Nicht nur DIE LINKE fordert, Bodenspekulationsgewinne abzuschöpfen.⁵⁰ Das kann durch eine steuerliche Maßnahme erreicht werden und würde Spekulationen mit Bodenpreisen unattraktiv machen.

c) Schutz bei Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen

Nach § 172 des Baugesetzbuches (BauGB) hat die Stadt das Recht, die Genehmigung der Umwandlung einer Miet- in eine Eigentumswohnung zu verweigern. Auch wenn das Gesetz viele Ausnahmeregelungen⁵¹ vorsieht, kann von dem Genehmigungsvorbehalt restriktiver Gebrauch gemacht werden, um Mieter*innen vor Umwandlung und sich häufig anschließender Eigenbedarfskündigung zu schützen. Auch das Land ist hier gefragt, um besseren Mieter*innen-Schutz gesetzlich zu verankern. Kommunen können über den Gemeinde- und Städtebund darauf hinwirken.

d) Kommunaler Wohnungsbau

Auch die Stadt Straubing hat die Möglichkeit, von der Landesförderung Gebrauch zu machen, um kommunalen Wohnraum zu schaffen, der einer 20-jährigen Sozialbindung unterliegt.⁵²

Gleichzeitig könnte generationenübergreifendes Wohnen favorisiert werden,

denn egal wo wir wohnen, wir müssen sorgende Gemeinschaften herstellen. Wir brauchen gewachsene Beziehungen, um in Würde zu altern.⁵³ DIE LINKE wird sich deshalb sowohl für kommunalen Wohnungsbau einsetzen, als auch für die Förderung generationenübergreifenden Wohnens!

In Wien wurde 2018 eine neue Bauordnung erlassen, die vorschreibt, „dass in bestimmten Gebieten zwei Drittel des Bauplatzes mit Sozialwohnungen bebaut werden müssen. Maximale Kaltmiete dort: Fünf Euro pro Quadratmeter.“⁵⁴ Das sollte auch in Straubing möglich sein!

e) Realistischer Mietspiegel

Die örtlichen Mietspiegel werden zwischen den Vertretungen der Mieter*innen, der Vermieter*innen und der Kommunen ausgehandelt. Sie gründen aber üblicherweise lediglich auf den in den vergangenen vier Jahren neuverhandelten Mietpreisen. Bestandsmieten werden außer Acht gelassen. Auch in Straubing heißt es dazu: „Hierfür wurden nur Mietverhältnisse berücksichtigt und ausgewertet, die in den letzten 4 Jahren vereinbart oder geändert worden sind (§ 558 Abs. 2 BGB).“⁵⁵ Dadurch impliziert auch der Straubinger Mietspiegel eine Automatik zu Mietpreissteigerungen.

DIE LINKE setzt sich deshalb im Stadtrat dafür ein, dass in den Straubinger Mietspiegel die Bestandsmieten einbezogen werden, um die bisherige Erhöhungsdynamik abzuschwächen.

f) Wohnungstausch- und Mitwohnbörse

Ein älterer Mensch hat evtl. eine für ihn zu große Wohnung und möchte sie im Tausch einer Familie mit Kindern überlassen, die momentan etwas beengt wohnt. In anderen Fällen können Mitbewohner*innen evtl. der Alters- einsamkeit⁵⁶ entgegen wirken. Der ehemalige Bremer Senatspräsident Henning Scherf schlägt deshalb Kooperationen zwischen Seniorenvertretungen und Studentenwerken vor. „Ein früheres Kinderzimmer an Studierende zu vermieten bringt neue soziale Kontakte, entlastet die Haushaltskasse und nimmt Druck vom Wohnungsmarkt, eine eindeutige Win-Win-Situation für alle Beteiligten.“⁵⁷ Zur Linderung von Wohnungsnot könnte auch in Straubing die Einrichtung einer Wohnungstausch- und Mitwohnbörse z. B. beim Wohnungsamt hilfreich sein, insbesondere bei steigenden Studierendenzahlen. DIE LINKE wird die Einrichtung einer solchen Börse im Stadtrat beantragen.

g) Vergesellschaftung von Wohnungsunternehmen

Artikel 15 des Grundgesetzes (GG) erlaubt es „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel [...] zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft“ zu überführen. Diese Möglichkeit kann in Straubing dann offensiver genutzt werden, wenn Wohnungsunternehmen, die mit Wohnraum spekulieren, horrenden Mietpreisstei-

gerungen durchsetzen, Wohnraum verwahrlosen lassen oder nicht ausreichend instand setzen.⁵⁸

h) Wuchergrenze absenken

Relativ einfach ließe sich das Problem ausufernder Mieten auch durch eine Absenkung der Wuchergrenzen lösen. So liegt momentan eine Ordnungswidrigkeit erst dann vor, wenn der verlangte Mietzins 20 % über der ortsüblichen Miete liegt, bei 50%-iger Überhöhung beginnt Wucher und damit die Strafbarkeit für Vermieter*innen.⁵⁹ Diese Grenzen könnten abgesenkt werden, so dass es allenfalls noch legal wäre, wenn der verlangte Mietzins den ortsüblichen z. B. um maximal bis zu 10 % überstiege.⁶⁰ Ähnliche Überlegungen wie die Straubinger LINKE hat dazu auch bereits die Bayerische Staatsregierung angestellt.

i) Bekämpfung von Wohnungsleerstand

DIE LINKE. Straubing fordert die Erstellung einer Wohnraum-Zweckentfremdungssatzung. Sie würde Immobilieneigentümer*innen dazu verpflichten, Wohnungen, die länger als drei Monate leer stehen, bei der Stadt zu melden, und zu begründen, weshalb sie nicht vermietet werden. Wenn es tatsächliche Vermietungshemmnisse gibt, könnte die Stadt versuchen, bei deren Beseitigung zu helfen. Bestehen keine, oder steht Wohnraum aus spekulativen Gründen leer, kann die Stadt eine Geldbuße verhängen.⁶¹

j) Volksbegehren »#6JahreMietenstopp«

DIE LINKE. Bayern hat im Oktober 2019 den „Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens für faire Mieten in Bayern #6JahreMietenstopp“ mit anderen Vereinigungen⁶² gestartet. Die darin vorgeschlagenen gesetzlichen Regelungen gegen Immobilienspekulationen beinhalten u. A., dass in 162 Gemeinden mit angespanntem Wohnungsmarkt⁶³ die Mieten 6 Jahre lang nicht steigen und bei Neuvermietungen sowie nach Modernisierungen die ortsübliche Vergleichsmiete nicht übersteigen dürfen. So soll eine Verschnaufpause für viele Mieter*innen erreicht werden.⁶⁴

Schon der vom rot-rot-grünen Senat in Berlin am 22.10.2019 beschlossene Mietendeckel hatte eine beruhigende Wirkung auf den Mietenmarkt. Die Neuvertragsmieten z. B. in Köln, Würzburg, Ingolstadt und Karlsruhe seien etwas gefallen, heißt es in einem Papier des Immobilienspezialisten F + B aus Hamburg. Die Daten legen eine allmähliche Marktberuhigung nahe, was auf die zunehmende Regulierung des Wohnungsmarktes, etwa auf die Mietpreisbremse zurückzuführen ist.⁶⁵

Dass Straubing momentan noch nicht zu den 162 Städten in Bayern „mit angespanntem Wohnungsmarkt“ gehört, ist eine politische Festlegung der Staatsregierung, welcher DIE LINKE. Straubing wegen der Intransparenz der Zuordnungskriterien nicht folgen kann und u. A. deshalb das Volksbegehren »#6JahreMietenstopp« unterstützt.

k) Wohnungslosigkeit vorbeugen

Das unzureichende Angebot bezahlbaren Wohnraumes, die Schrumpfung des Sozialwohnungsbestandes und die Verfestigung von Armut sieht die BAG Wohnungslosenhilfe als Hauptgründe für die steigende Zahl der Wohnungslosen in Deutschland an.⁶⁶ An dieser Stelle wiederholt DIE LINKE deshalb ihre Forderung nach sozialem Wohnungsbau durch die Stadt Straubing. → s. Kap. C. 1. d)
Damit es erst gar nicht zum Wohnungsverlust kommt, gibt es gesetzliche Hilfen z. B. zur Übernahme von Mietschulden⁶⁷, oder zur ordnungsrechtlichen Einweisung in die gekündigte Wohnung.⁶⁸ DIE LINKE fordert deshalb außerdem, dass vorbeugende Möglichkeiten offensiver propagiert und genutzt werden, damit Menschen in ihrer Wohnung bleiben können.

2. Grüne und lebenswerte Stadt Straubing

Schotterwüsten verunzieren zunehmend die Bereiche, die früher »Vorgarten« hießen, ergänzt von steinernen Schutzwällen, wo früher ein Gartenzaun oder eine Hecke gestanden hätte. Weder eine Augenweide für Menschen, noch eine Bienenweide. Das Desaster für Vögel, Insekten und Kleinsäuger wird komplettiert durch fehlende innerstädtische Grünanlagen, unbegrünte Flachdächer, begradigte Bachläufe und andere Bausünden.

a) Dachbegrünung und Blühgärten

Die Stadt Bremen macht es uns mit ihrem »Begrünungsortsgesetz«⁶⁹ vor: Bepflanzte Dächer isolieren das Gebäude, bieten Lebensraum für Insekten, nehmen Regenwasser auf, sind nur unerheblich teurer, als ein Kiesdach, halten dafür aber 15 bis 25 Jahre länger⁷⁰ und sparen Heiz- und Kühlkosten. Letzteres wird bei zunehmender Erderwärmung sowieso immer wichtiger.

DIE LINKE stellt sich gegen die städtebauliche Verödung und wird sich im Stadtrat dafür einsetzen, dass in der Bausatzung oder an anderer Stelle Anreize dafür geschaffen werden, Schottergärten ohne insektaugliche Blühpflanzen zu vermeiden und die Begrünung geeigneter Flachdächer vorgeschrieben wird. Zudem soll ein Förderprogramm zur Begrünung von Bestandsdächern und für Neubauten aufgelegt werden.

Bushaltestellen eignen sich besonders zur Begrünung ihrer Dachflächen, wie uns die Stadt Utrecht in den Niederlanden vormacht.⁷¹ Auch diesem Beispiel sollte die Stadt Straubing folgen.

b) Weniger Flächenverbrauch

Um Grünflächen zu erhalten, sollte zukünftig mehr in die Höhe, als in die Breite gebaut werden. Bestandsbauten können z. B. aufgestockt werden, über Verbrauchermärkten ist Wohnungs- oder Bürobau möglich, Parkplätze können integriert werden, statt sie großflächig extern auf bisherigem Grünland einzurichten.

c) Essbare Stadt Straubing

Öffentliche Grünflächen sind für Alle da! In der Stadt Andernach am Rhein wurden sie freigegeben für die Anpflanzung von Beerensträuchern, Gemüse, Küchenkräutern, Obstbäumen u. Ä. „Wo auf öffentlichen Grünflächen andernorts oft die Devise ‚betreten verboten‘ gilt, heißt es in Andernach seit 2010 ‚pflücken erlaubt“⁷², wirbt die Stadt Andernach für dieses einzigartige Projekt, mit dem neue Wahrnehmungsräume entstehen, die Jahreszeiten wieder erfahrbar werden, wie auch die natürlichen Phasen von Säen, Wachsen und Ernten. Betreut werden die Flächen vor allem von Langzeitarbeitslosen, welche von professionellen Gärtnern angeleitet werden.⁷³

DIE LINKE. Straubing wird sich im Stadtrat dafür einsetzen, dass ein solches gemeinnütziges Projekt auf geeigneten Grünflächen in Straubing, wie z. B. im Stadtgraben, auf Donauwiesen, dem ehemaligen Laga-Gelände oder am Hagen verwirklicht wird.

3. Lebendige Innenstadt

DIE LINKE. Straubing setzt sich dafür ein, dass das Erscheinungsbild und die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt nicht nur durch eine neue Pflasterung, sondern durch vielfältige Maßnahmen verbessert werden.

a) Mehr und bessere öffentliche WCs

Eine lebendige Stadt braucht auch lebendige Bürger*innen, die hin und wieder mal ein stilles Örtchen aufsuchen müssen. Das System der »netten Toilette«⁷⁴ ist zwar gut, jedoch darf sich die Stadt deshalb nicht aus der Verantwortung ziehen. Vielen Bürger*innen ist es trotz Aufkleber an der Tür unangenehm, die Toilette eines Restaurants aufzusuchen ohne etwas zu bestellen. Wir fordern deshalb, dass die Stadt mehr öffentliche und kostenlose WC-Anlagen den Bürger*innen zur Verfügung stellt, die auch barrierefrei sein müssen.

Außerdem fordern wir in allen öffentlichen Gebäuden mindestens eine Toilette für all jene Menschen, die sich nicht als Frau oder Mann fühlen, damit sie sich nicht für die Damen- oder die Herrentoilette entscheiden müssen. Das wird dann keine Umbaukosten verursachen, wenn man z. B. die Toiletten für Menschen mit Beeinträchtigung zugleich als geschlechterneutrale Toiletten bezeichnet.

b) Verbesserung der Situation bei Abfall- und Hundekot-Sammelbehältern

Am Stadtplatz gibt es zwar einige Abfallbehälter, im Rest des Stadtgebietes schaut es aber schlechter aus. Hier ist noch eindeutig Luft nach oben. In Parks sind an den Eingängen zwar Hundekotsammelbehälter sowie Hundekot-Tütenspender. Auf den Wegen fehlen dann aber oft Mülleimer, was dazu führt, dass viele Hundeführende den Hundekot zwar in die Plastiktüte packen, diesen aber irgendwo am Weg entsorgen und nicht im Mülleimer. Deshalb fordern wir mehr Abfallbehälter auch auf Wegen in Parks und außerhalb der Innenstadt.

Aber auch die Mülleimer am Stadtplatz haben Nachholbedarf. Es fehlen integrierte Aschenbecher⁷⁵ sowie Pfand-Auffangbehälter⁷⁶. Mit solchen wäre sowohl Raucher*innen, als auch Pfandsammler*innen geholfen.

c) Keine Bußgelder bei Verstoß gegen Alkoholverbot

Aktuell verbietet die Verkehrsraumsondernutzungsatzung⁷⁷ das Niederlassen zum Alkoholenuss. Die Stadtverwaltung hat hierbei teilweise auch schon das bloße Stehen als Niederlassen im Sinne der Vorschrift gesehen.⁷⁸ Mit der derzeitigen Regelung ist auch schon das Trinken eines Radlers in »Verkehrsräumen«, also z. B. der Fußgängerzone mit Strafe bedroht.⁷⁹

Wenn man Universitätsstadt sein will, dann müssen zumindest kleine Mengen Bier in der Öffentlichkeit legal sein, auch wenn sie nicht in einem Lokal getrunken werden. Wir wollen keine öffentlichen Saufgelage, aber die Kriminalisierung beim Trinken eines einzelnen Radlers ist eine Überregulierung und einer Universitätsstadt nicht würdig. DIE LINKE. Straubing fordert deshalb: Die Verhängung eines Bußgeldes bei Verstoß gegen das Alkoholverbot wird abgeschafft!

d) Donauufer stärker ins Stadtbild integrieren und attraktiver machen

Aus der Lage an der Donau bezieht Straubing einen Teil seiner Identität. Früher war die Donau für Straubing so wichtig, dass sie künstlich umgeleitet und an der Stadt vorbeigeführt worden war. Von dieser Attraktion ist nicht mehr viel zu sehen.

Wir wollen, dass die Donau stärker ins Stadtbild integriert wird und die Donauufer attraktiver gestaltet werden. Die Wiese beim früheren Campingplatz ist zwar gut gelegen, es fehlt ihr aber an Infrastruktur. Mehr Bänke und Picknickplätze, Möglichkeiten zum Grillen und auch ein Kiosk würden das Gelände aufwerten und attraktiver machen. Außerdem wollen wir Veranstaltungen an den Donaufern. Dabei denken wir an Freiluftkonzerte, Freiluftkino u. Ä.

e) Autofreier Stadtplatz

Wir wollen einen verkehrsberuhigten Ludwigsplatz! Die Erweiterung der Fußgängerzone am Theresienplatz wurde sehr gut angenommen. Die Innenstadt soll die Bürger*innen zum Bummeln und Spaziergehen einladen, fahrende Autos stören dabei nur.

Durch den Ausbau des ÖPNV sollen die Straubinger*innen außerdem dazu angeregt werden, hauptsächlich mit dem Bus in die Stadt zu fahren. Das Befahren des Ludwigsplatzes mit dem PKW ist dann nicht mehr nötig. Dagegen soll es bei der Befahrbarkeit von Ludwigs- und Theresienplatz für Radfahrer*innen bleiben. Würde Radfahren dort verboten, hätte das negative Auswirkungen auf die Benutzung des Fahrrades für Fahrten in und durch die Stadt.

4. Kunst und Kultur

a) Bürger*innen- und Kulturzentrum

Ein leerstehendes und attraktives Gebäude am Stadtplatz könnte zu einem Bürger*innenzentrum umgebaut werden.⁸⁰ Im Erdgeschoss würde sich als integrative Einrichtung ein Café gut machen, das von behinderten und nicht-behinderten oder geflüchteten Menschen betrieben wird.⁸¹ Im Keller könnten Proberäume für Bands, öffentliche Toiletten und in den übrigen Etagen Räume für Bildungs- und Beratungsangebote und Begegnungen sowie eine nicht-kommerzielle Kunstgalerie eingerichtet werden. So würde das Gebäude aufgewertet, der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt und die Innenstadt belebt und bereichert werden.

DIE LINKE wird sich deshalb dafür einsetzen, dass ein zentrumsnahes Bürger*innen- und Kulturzentrum für alle Bevölkerungsgruppen in Straubing entsteht.

b) Förderung der bildenden Kunst

Im Vergleich mit den vielfältigen Theater- und Musik-Angeboten ist die bildende Kunst in Straubing unterrepräsentiert. Es gibt kein Museum für alte oder zeitgenössische Kunst und keine nichtkommerzielle Kunstgalerie. Der Weytturm wird zwar mit städtischer Unterstützung von der Gemeinschaft Bildender Künstler Straubing mit vielen sehenswerten Ausstellungen »bespielt«, wofür ihr Anerkennung und Dank gebühren, das allein wird jedoch der vielfältigen Kunstszene in Straubing nicht gerecht. Auch die Galerie »Halle 2« im Alten Schlachthof vermag die Lücke nicht gänzlich zu füllen.

Während sich die Stadt Straubing dadurch Verdienste erworben hat, dass sie bildhauerische Werke zur Aufwertung des Stadtbildes in großer Zahl erworben und aufgestellt hat⁸², fehlt es an Ankäufen von Bildern, wie dies viele andere Städte für wichtig erachten. Es bedarf deshalb einer weitergehenden Kunstförderung durch die Stadt Straubing durch den Ankauf zweidimensionaler Kunst.

Durch die Höhe der städtischen Zuschüsse ist es z. B. der Gemeinschaft Bildender Künstler Straubing auch nicht möglich, Ausstellungshonorare zu zahlen. Während z. B. Musiker*innen, die eine Ausstellungseröffnung umrahmen, regelmäßig dafür entlohnt werden, müssen Künstler*innen ihre Werke kostenlos zeigen. Seit Jahren fordern deshalb die Berufsverbände der Bildenden Kunst die Einführung von Ausstellungshonoraren.⁸³ DIE LINKE in Straubing unterstützt diese Forderung und wird bis zu einer gesetzlichen Verankerung von Ausstellungshonoraren im Urheberrecht auf eine freiwillige Leistung der Stadt Straubing drängen.

Schließlich fehlt in Straubing auch ein nichtkommerziell betriebenes öffentlich einsehbares Schaufenster für Kunst, wie z. B. die »Künstlerloge«⁸⁴ in Ratingen (Rheinland). Dort war die ehemalige Pfortnerloge einer Fabrik – ein schöner Glasbau im typischen Stil der 1960er Jahre – den Künstler*innen mietfrei zur

Verfügung gestellt worden, die seit 13 Jahren eine von außen gut einsehbare nichtkommerzielle Galerie mit jährlich sechs Ausstellungen verwirklichen.

c) Wände für Graffiti freigeben!

Wir fordern, dass in Straubing zusätzliche Wände von öffentlichen Gebäuden oder eigens dafür errichtete Wände für Graffiti freigegeben werden.

d) Theaterlandschaft unterstützen!

Am kulturellen Angebot müssen alle Menschen gleichberechtigt teilhaben können, die Angebote müssen barrierefrei sein und allen Bürger*innen offenstehen. Die Möglichkeit der Teilhabe für alle zu schaffen ist eine kommunale Aufgabe. DIE LINKE. Straubing wird sich deshalb für den Erhalt des Paul Theaters, des Anstatt Theaters im Alten Schlachthof und des Landestheaters Niederbayern engagieren.

e) Nichtkommerzielles Miteinander

Darüber hinaus wird DIE LINKE alle Möglichkeiten für ein kulturelles und nichtkommerzielles Miteinander in Straubing unterstützen und fördern. Dazu gehören z. B. Foodsharing (Essen teilen), Tauschbörsen, Gemeinschaftsgärten, das Repair-Café (gemeinnützige Reparaturwerkstatt in der VHS), das Bandhaus und einige mehr.

Städtische Gebäude, Anlagen oder Einrichtungen gehören der Allgemeinheit, schließlich sind sie von Steuergeldern errichtet worden. Ihre Nutzungsmöglichkeiten müssen deshalb so ausgestaltet werden, dass die Allgemeinheit »etwas davon hat«. Hier ist nicht nur an die Nutzung von Schulhöfen als Kinderspiel- und Bolzplätze zu denken, sondern auch an Nutzungen im Rahmen kultureller Ereignisse.

f) Entwicklung eines Leitbildes mit den 17 Nachhaltigkeitszielen der UN

Die Stadt Mannheim hat in ihrem »Leitbild Mannheim 2030« die Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen festgeschrieben.⁸⁵ DIE LINKE. Straubing wird sich dafür einsetzen, dass ein solches Leitbild auch für Straubing entwickelt und verwirklicht wird. → s. Kap. A. 4.

g) Digitalisierung

DIE LINKE. Straubing fordert eine größtmögliche Digitalisierung des Rathauses und aller öffentlichen Einrichtungen, damit die Bürger*innen so viel wie möglich von Zuhause oder Unterwegs und barrierefrei beantragen und erledigen können. So würden unnötige Wege und lästiges Warten vermieden. Dafür gibt es sogar Fördermittel des Freistaates Bayern.⁸⁶

h) Geschlechtersensible Sprache

Darüber hinaus fordert DIE LINKE, dass in allen städtischen Texten geschlechterneutrale Formulierungen verwendet werden, oder wenn dies nicht möglich ist, durch eine Anmerkung zum Ausdruck gebracht wird, dass immer alle Geschlechter gemeint sind. Die Lesbarkeit eines Textes soll dadurch nicht gemindert werden.

5. Bildung

Bildung ist zwar zu weiten Teilen Ländersache, wir erlauben uns trotzdem, einige Anregungen für den Bildungsbereich vorzuschlagen, weil wir freiwillige Angebote für unterschiedliche Bildungsinhalte für notwendig erachten.

a) Gleichberechtigung und Gleichstellung als Unterrichtsfach

Um Benachteiligungen und Diskriminierungen jeglicher Art entgegen zu wirken, sollen Bildungsangebote eingerichtet oder erweitert werden, die sich mit den Themen Gleichberechtigung, Gleichstellung am Arbeitsplatz, Geschlechterrollen, Toleranz, Mitbestimmung, Werte- und Demokratiekunde u. Ä. befassen. Das könnte z. B. an der VHS geschehen, oder ebenfalls im noch einzurichtenden Bürger*innen- und Kulturzentrum.

b) Mehr Ausbildung in MINT-Berufen

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass mehr Frauen in Berufen ausgebildet werden, die mit Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT-Berufe) zu tun haben.

c) Bildungsangebote für ältere Menschen

DIE LINKE setzt sich für mehr und bessere Bildungsangebote für ältere Menschen ein, insbesondere zur Nutzung neuer Medien. Darüber hinaus unterstützen wir alle Bestrebungen, das Wissen und Können älterer Menschen an die jüngere Generation weiterzugeben.

d) Ermäßigungen für Bildungsangebote

DIE LINKE fordert ermäßigte Gebühren für Theater, kulturfördernde Vereine, VHS und andere Bildungsangebote für alle Menschen mit einem bereinigten monatlichen Einkommen unter 1.200 Euro.

e) Unterrichtsfach Nachhaltigkeit

In Italien wird in Zukunft ein neues Schulfach »Klima und Nachhaltigkeit« unterrichtet. Für Straubing, das sich als »Region der Nachwachenden Rohstoffe« sieht, wäre es sinnvoll, mehr Angebote für Schüler*innen in den Bereichen Klimaschutz und Nachhaltigkeit, Abfallvermeidung, alternative Energiegewinnung u. Ä. zu schaffen. Dies kann beispielsweise durch Vorträge und Aus-

flüge zum ZAW geschehen. Auch die Zusammenarbeit von Schulen und TUM Campus kann in diese Richtung intensiviert werden.

f) Lehrstuhl Gemeinwohl-Ökonomie mit dem Schwerpunkt Unternehmensverantwortung

DIE LINKE. Straubing setzt sich dafür ein, dass die Stadt Straubing die Einrichtung eines Lehrstuhls »Gemeinwohl Ökonomie« an der Uni fordert und unterstützt. Dieser Lehrstuhl soll der Notwendigkeit Rechnung tragen, das Thema »Unternehmensverantwortung« angemessen zu gewichten, gerade wenn es um ökologische Nachhaltigkeit in Verbindung mit sozialer und wirtschaftlicher Verantwortung geht.

6. Wasser, Abwasser, Energie, Natur- und Klimaschutz

a) Photovoltaik- und Solarthermie-Anlagen fördern

DIE LINKE setzt sich für den Ausbau dezentraler Energiegewinnung und -versorgung ein. Der unter Bürger*innen-Protest gestartete »Süd-Ost-Link« für den Stromtransport⁸⁷ wäre bei dezentraler Energieversorgung nicht mehr nötig. In Straubing könnte der Ausbau sowohl privater Photovoltaik- und Solarthermie-Anlagen, als auch solcher auf öffentlichen Gebäuden mithelfen, die Energiewende zu schaffen.

Die Stadtwerke Straubing könnten dazu weitergehende Anreize schaffen, als sie durch die zurückgefahrte Einspeisevergütung ausgelöst werden. Zudem müssten u. E. die steuerrechtlichen und sonstigen Formalien vereinfacht werden.⁸⁸

b) Monoklärschlammverbrennungsanlage

Am 26.05.2019 hat ein Großteil der Wahlberechtigten für eine »große« Monoklärschlammverbrennungsanlage in Straubing gestimmt. Bei deren Vorstellung war die Einhaltung verschiedener Parameter sowohl vom Betreiber, als auch von der Stadt Straubing zugesagt worden. Zudem soll die Stadt Straubing im Aufsichtsratsgremium eine Stimmenmehrheit bekommen. DIE LINKE wird sich – wenn rechnerisch möglich – an der Aufsichtsfunktion beteiligen und darauf achten, dass diese Zusagen und auch die zur Unterschreitung von Grenzwerten eingehalten werden.

c) Klimaschutz

Der menschengemacht Klimawandel geht uns alle an! So wichtig individuelles Handeln der/des Einzelnen ist, das vorrangig auf kommunaler Ebene gefördert werden muss, so wichtig ist zielgerichtete Politik auf allen Ebenen! DIE LINKE setzt sich deshalb dafür ein, dass Straubing eine klimaneutrale Stadt wird, was neben CO₂-Reduktion auch die von Methan und anderen Treibhausgasen einschließt, die noch problematischer sind als der übermäßige CO₂-Ausstoß

von Autos, Fabriken und Privathaushalten. Zusätzliche Belastungen für Private müssen dabei sozial ausgeglichen werden.

In anderen Kapiteln haben wir unsere Forderungen zu mehr Klimaschutz und Gemeinwohlorientierung im politischen Handeln vorgestellt, zu mehr Photovoltaik- und Solaranlagen, zu mehr Stadtgrün, weniger Grünflächenverbrauch, Verkehrsberuhigung auch des Ludwigsplatzes, Einführung von Unterrichtsfächern Nachhaltigkeit, Bevorzugung des Radverkehrs und des ÖPNV, Legalisierung des Containers u. V. m., an die wir an dieser Stelle erinnern, ohne sie wiederholen zu müssen. Sie alle dienen dem Klimaschutz und damit dem Gemeinwohl!

Besondere Sorge bereiten uns auch Planungen zur Endlagerung von Atommüll im Landkreis Freyung-Grafenau im Bayerischen Wald, nur etwa 50 km Luftlinie von Straubing entfernt.⁸⁹ Wenn von dort Radioaktivität in die Atmosphäre entweicht und sie schädigt, ist auch Straubing direkt davon betroffen. DIE LINKE. Straubing fordert deshalb nicht nur einen sofortigen Atomkraftausstieg, sondern auch bessere Sicherheitsstandards bei jeglicher Atommülllagerung.

d) Klimaneutrales Gäubodenvolksfest

Das Gäubodenvolksfest ist eines der wichtigsten Aushängeschilder für die Stadt Straubing und bei fast allen Straubinger*innen beliebt. Leider verursacht eine solche Großveranstaltung auch viele klimaschädliche Emissionen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass das Volksfest langfristig klimaneutral wird. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Münchner Oktoberfest. Dort gibt es bereits gute Ansätze um das größte Volksfest der Welt klimaneutral zu machen.⁹⁰ Aber auch in Straubing gibt es schon erste Aktionen. Die Karmeliten Brauerei spart z. B. 99,6 % ihres CO₂-Fußabdruckes ein und wurde für ihr Engagement auch schon ausgezeichnet.⁹¹ Das Festzelt Reisinger wiederum ist nun ein plastikfreies Festzelt.⁹² Solche Aktionen sind begrüßenswert und sollten gefördert werden. Langfristig ist es so möglich, dass unser Volksfest klimaneutral wird und jede*r Besucher*in mit gutem Gewissen das Fest besuchen kann. Für die Stadt der erneuerbaren Energien sollte dies ein erstrebenswertes Ziel sein.

7. Radverkehr, Schulwegsicherheit und ÖPNV

a) Schulwegsicherheit mit Gesundheitserziehung verbinden

Radeln macht fit! Wir sollten deshalb bereits unsere Kinder mit dem Rad zur Schule fahren lassen. Überdies zeigt ein Blick auf die Statistik zu Unfällenhäufigkeit auch auf Schulwegen, dass sie in dem Maße abnimmt, in dem insgesamt mehr Rad gefahren wird.⁹³ Nichts liegt also näher, als beide Aspekte, nämlich Gesundheit und Unfallvermeidung zusammen zu bringen.⁹⁴ Die systematische Förderung des Fahrradverkehrs kann jedoch nicht nur Aufgabe der Schulen bleiben, sondern ist eine gesamtgesellschaftliche, die eine verstärkte Zusammenarbeit der Kommunen, der Polizei, der Unfallkassen und Schulen einschließt. Sie muss vor allem problem- und zielgruppenorientiert geplant

werden und zum aktiven Gesundheitsschutz sowie der Förderung der Sicherheit von Schüler*innen auf dem Schulweg beitragen⁹⁵, um den Trend steigender Unfälle mit Radfahrenden umzukehren.⁹⁶

DIE LINKE. Straubing wird sich deshalb für viele Maßnahmen zur Unfall- und Gesundheitsprävention einsetzen, von denen hier nur einige beispielhaft aufgeführt werden:

- » Ein kommunales Mobilitätsmanagement wird etabliert, an dem Verwaltung, Polizei, Politik, Umwelt- und Verkehrsinitiativen, Verkehrsunternehmen, Schulleitungen, Schulaufsicht, Lehrkräfte und Schüler*innen beteiligt sind.⁹⁷ Anfallende Kosten für diese und weitere Maßnahmen werden z. T. von der Unfallkasse übernommen.⁹⁸
- » Interessierte Schüler*innen sollen zu Radwegdetektiv*innen ausgebildet werden, um neuralgische Stellen auf Radwegen, Kreuzungen usw. zu identifizieren.⁹⁹
- » Die Ausbildung zu Fahrrad-Checker*innen dient der Behebung von Sicherheitsmängeln an Fahrrädern.¹⁰⁰
- » Die Helmtragequote soll durch gezielte Informationen angehoben werden, z. B. durch die »I love my brain-Kampagne«.¹⁰¹

b) Verbesserung der Infrastruktur für Radfahrende

- » Die Stadt soll eine*n Fahrradbeauftragte*n einstellen, die/der sich z. B. mit der Bedarfsermittlung für den Neubau von Radwegen oder -spuren befasst, wie auch mit der Rad- und Schulwegsicherheit, die/der dafür wirbt, Radfahren als umweltfreundliche und gesunde Fortbewegungsart wahrzunehmen und alle einschlägigen Bestrebungen koordiniert, die das Radfahren attraktiver machen wollen.
- » Ein Ausbau der Radwege in Straubing ist unabdingbar und zwar nicht nur am Allachbach! Auch im normalen Straßenverkehr mit Autoteilnahme müssen Radfahrende durch bessere, breitere und sichere Schutz- oder Radfahrstreifen geschützt werden.
- » Die Kreuzung Ittlinger Straße / St.-Elisabeth-Straße z. B. ist für Radfahrende besonders gefährlich. Hier wie an anderen Kreuzungen verhindern vorgelagerte Haltelinien für Radfahrende Unfälle, weil diese vor den Autos und in kürzerer Zeit die Kreuzung passieren können.
- » Radfahrrampen können an stark frequentierten Kreuzungen Radfahrer*innen die Möglichkeit geben, zuerst und mit einer längeren Ampelfrequenz die Straße zu passieren, als Autos oder Fußgänger*innen.
- » Die Beleuchtung der Radwege muss verbessert werden! Wiederum nicht nur am Allachbach mit vielen niedrigen Brücken, sondern im gesamten Stadtgebiet!
- » Der Antrag von Stadtrat Michael Hien, umweltfreundliche Verkehrsmittel wie z. B. Lastenfahrräder zu bezuschussen, fand nicht nur Beachtung in der Presse, sondern auch Zuspruch der anderen Fraktionen im Stadtrat.¹⁰²

Solchen Anträgen wird sich DIE LINKE. Straubing anschließen, bzw. sie selbst stellen.

- » Wir wollen für Straubing Miet-Fahrräder und Miet-Lastenräder. Diese wären bei der Anlegestelle an der Donau, am Bahnhof und am Stadtplatz gut positioniert. Besucher*innen können so einfach und umweltfreundlich individuell unterwegs sein. Auch Straubinger*innen hätten die Möglichkeit kurzfristig ein Fahrrad zu nutzen, wenn sich die Notwendigkeit ergibt.
- » Straubinger*innen wollen mit ihrem Fahrrad nicht nur innerhalb der Stadt sicher unterwegs sein, sondern auch Ausflüge in den Landkreis machen oder dorthin zur Arbeit pendeln. Dies ist aber nicht möglich, wenn es dorthin nur vielbefahrene Bundes- oder Landstraßen gibt. DIE LINKE. Straubing wird sich dafür einsetzen, dass die Stadt die Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden und dem Landkreis sucht, um ein flächendeckendes Netz an Radwegen zu schaffen, das in die ganze Region hineinreicht.¹⁰³
Konkret fordern wir z. B. einen durchgehenden geteerten Radweg von Alburg bis Feldkirchen.

c) Mobilitätswende: Reduzierung des Autoverkehrs, Verbesserung des ÖPNV

– Vermeidung langer Wege

Zur Vermeidung von Fernverkehren sollen bei Auftragsvergaben regionale Anbieter bevorzugt werden. In diesem Sinne halten wir Vorgaben, die z. B. eine europaweite Ausschreibung bei bestimmten städtischen Vorhaben vorsehen, für umweltpolitischen Unsinn. DIE LINKE wird sich dort, wo dies möglich ist, im Sinne des Umweltschutzes dagegen stellen.

– Kostenlose ÖPNV-Tickets für Schüler*innen und Auszubildende

Aktuell müssen alle Schüler*innen ab der 11. Jahrgangsstufe das Bus-Ticket aus eigener Tasche bezahlen. Für Familien mit engem Monatsbudget sind ca. 30 Euro pro Monat und Kind eine nicht zu unterschätzende Belastung. Auf der anderen Seite sparen sich reichere Familien womöglich das Geld für den Bus und der Sohn oder die Tochter fährt mit dem Auto zur Schule. Bei einem kostenfreien Bus-Ticket würde und könnte jeder/jede Schüler*in mit dem Bus zur Schule kommen.

Dies muss genauso für Auszubildende gelten. Jugendliche, die eine Lehre beginnen, verdienen anfangs nicht sonderlich gut, ein kostenloses Bus-Ticket würde eine spürbare Entlastung bringen. Außerdem wäre es ein zusätzlicher Anreiz dazu, eine Ausbildung zu beginnen. Die Bus-Tickets für Schüler*innen und Auszubildende müssen deshalb bis zum Ende der Ausbildungszeit für Alle kostenfrei sein.

– Unser Ziel: ÖPNV für Alle kostenlos!

Schüler*innen-, Auszubildenden- oder Sozialtickets können nur der Anfang sein. Der ÖPNV darf auf Dauer keinen Profitinteressen unterfallen.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) gehört zur Daseinsvorsorge wie Wasser oder Bildung. Er muss deshalb für Nutzer*innen kostenlos werden, die Kosten muss die öffentliche Hand tragen. Eine solche Investition dient dem Allgemeinwohl und insbesondere dem Klimaschutz, weil mehr Menschen vom Individualverkehr auf den ÖPNV umsteigen werden.

– Weiterentwicklungsprogramm für den ÖPNV mit

» Anpassung der Busfahrpläne an Unterrichts- und Betriebszeiten

Die Busse müssen so getaktet werden, dass kein*e Schüler*in länger als 20 Minuten auf den nächsten Bus warten muss.¹⁰⁴

» Mehr Busstopps am Bahnhof (im städtischen Busverkehr)

Straubing braucht mehr Busstopps am Bahnhof. Wer umweltfreundlich mit dem ÖPNV reisen oder pendeln will, scheidet aktuell an der fehlenden Busanbindung des Bahnhofs. Es müssen mehr Linien am Bahnhof halten und auch der Takt muss an die Abfahrtszeiten der Deutschen Bahn angepasst werden. Es bringt wenig, wenn Bürger*innen zwar mit mehrmaligem Umsteigen zum Bahnhof kommen, dafür aber ewig lange brauchen und dann zu einer Zeit ankommen, zu der kein Zug fährt.

Nachdem Straubing nun dem RVV beigetreten ist, ist das Pendeln nach Regensburg attraktiv wie nie. Dem muss die Stadt Straubing aber auch mit einem guten Bus-Fahrplan entgegenkommen.

» Bessere bzw. kürzere Taktung der Buslinien

Damit der ÖPNV attraktiv wird, muss nicht nur der Fahrpreis langfristig auf 0 Euro sinken, er muss vor allem eine wirkliche Alternative zum Auto werden. Dazu ist es unbedingt erforderlich, dass bessere und kürzere Taktungen der Busse geschaffen werden. Ein Bus pro Stunde ist bei weitem nicht ausreichend. Von jedem Punkt in Straubing sollte eine Taktung von 20 bis 30 min möglich sein. Dies kann durch eine Verdichtung der Fahrpläne erfolgen oder auch dadurch, dass man die Möglichkeit hat, mit verschiedenen Linien zu fahren. Die Bus-Fahrpläne passen nur sehr bedingt zu den Unterrichtszeiten und den Arbeitszeiten der Firmen. Die Busfahrt vom Ludwigsgymnasium bis nach Alburg dauert beispielsweise mit Umsteigen so lange, dass man auch zu Fuß gehen kann. Die Hauptnutzer des Stadtbusses sind aktuell die Schüler*innen. Auch wenn der Stadtbus für alle in Straubing attraktiver werden soll, muss auf sie ein besonderes Augenmerk gelegt werden.

» Mehr grüne Park&Ride-Plätze

Selbst wer umweltbewusst mit dem Zug reisen oder pendeln will, ist oft zwangsläufig darauf angewiesen, zum Bahnhof mit dem Auto zu fahren. Deshalb fordern wir mehr Park&Ride-Parkplätze, um einen Anreiz dazu zu

schaffen, zumindest die größte Strecke mit der Bahn zurückzulegen. Für solche P&R-Plätze dürfen allerdings keine Grünflächen geopfert werden.

» **Party- und Disco-Bus am Wochenende für Straubing und das Umland**

Es gibt viele Beschwerden über ein wenig attraktives Nachtleben in Straubing. Ein Weg diese Situation zu bessern, wäre ein Party- bzw. Disco-Bus. Am Wochenende und vor Feiertagen sollte um 0 Uhr und um 3 Uhr jede Linie des Stadtbusses eine Fahrt machen. 16- bis 18-Jährige könnten dadurch sicher und pünktlich von der Stadt nach Hause kommen. Die Älteren könnten noch länger weiterfeiern und dann auch unkompliziert den Heimweg mit dem Bus antreten. Bisher musste man entweder selbst fahren oder ein Taxi nehmen. Vor allem Jugendliche wollen sich aber das Taxigeld sparen und gehen lieber lange Strecken zu Fuß, was auf Dauer keine tragbare Situation für eine Universitätsstadt wie Straubing ist.

» **Bahnhaltepunkt in Straubing-West mit Park&Ride-Platz**

Wir fordern einen Bahnhaltepunkt Straubing-West beim ehemaligen »real« in Alburg, weil hier für Pendler ein weiterer Halt auf der Bahnstrecke Straubing-Regensburg sinnvoll ist. Dieser würde auch Staus im Berufsverkehr vermindern und ist ein weiterer Anreiz dafür, vom Auto auf den Zug umzusteigen.

D. Gesundheit

1. Prävention und Gesundheitsförderung

DIE LINKE will die »Gesundheitsregion plus«¹⁰⁵ in Straubing durch eine kommunale Gesundheitskonferenz als Steuerungsgremium ergänzen. Gemeinsam sollen dort regionale Akteure den Bedarf in den Bereichen Gesundheitsförderung, Prävention, medizinische Versorgung, Pflege und Rehabilitation analysieren. Ziel ist die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen und die Suche nach Lösungen. So wollen wir kommunalen Sachverstand und fachliches Wissen zusammenbringen sowie die Bürger*innen einbeziehen. Finanzierung und Organisation sollen weiterhin im Rahmen der »Gesundheitsregion plus« Straubing erfolgen.¹⁰⁶ Wir begrüßen zwar die von der Gesundheitsregion angestoßenen Projekte, müssen aber feststellen, dass Straubing weit hinter den Möglichkeiten eines zeitgemäßen kommunalen Gesundheitsmanagements zurückbleibt und werden an dieser Stelle Verbesserungsvorschläge einbringen.

DIE LINKE sieht darüber hinaus die Notwendigkeit eines niederschweligen, aktiven Beratungsangebotes (z. B. Streetworker) für Menschen mit Begleitungsbedarf. Dabei denken wir zum Beispiel an alte Menschen, Kinder und Jugendliche, die von Einsamkeit bedroht sind, und Menschen mit besonderem Begleitungsbedarf aufgrund von Beeinträchtigung bzw. Behinderung.

2. Pflegestützpunkt für Straubing

Wenn Menschen pflegebedürftig werden, benötigen sie schnelle und kompetente Unterstützung vor Ort. Dabei stoßen sie leider oft auf eine zerklüftete Beratungsstruktur, diverse Kostenträger und Leistungserbringer. Selbst Pflegeprofis fällt es schwer, sich einen Überblick über alle Aspekte der Unterstützungsmöglichkeiten zu verschaffen.

Ein Pflegestützpunkt gewährt Pflegebedürftigen und ihren Bezugspersonen neutrale, kostenlose und umfassende Beratung rund um die »Lebenslage Pflege«. Dort werden alle für die wohnortnahe Versorgung und Betreuung in Betracht kommenden Leistungen aus einer Hand koordiniert.

DIE LINKE fordert daher die Einrichtung eines Pflegestützpunktes für Straubing. Die Kosten würden von den Kranken- und Pflegekassen sowie der Stadt Straubing getragen. Zur Finanzierung wollen wir auch Mittel des Freistaats und des GKV-Spitzenverbandes heranziehen.¹⁰⁷

3. Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit psychiatrischer / psychologischer Begleitung

DIE LINKE regt an, die Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit psychiatrischer und psychologischer Begleitung zu verbessern. Dies könnte z. B. durch die Einrichtung einer Kinder- und Jugendlichen-Ambulanz umgesetzt werden.

4. Koordinationsstelle für Hebammenversorgung

In Regensburg gibt es seit dem 01.03.2019 eine Koordinierungsstelle für die Hebammenversorgung. Ihr Ziel ist es, die Versorgung der Hebammenhilfe durch freiberufliche Hebammen und Entbindungshelfer zu stärken und damit Engpässe in der Wochenbettbetreuung zu beheben. Sie soll außerdem Konzepte für die Hebammenversorgung von Morgen entwickeln und junge Menschen für den Beruf der Hebamme oder des Entbindungspflegers gewinnen.¹⁰⁸ DIE LINKE fordert eine solche Koordinierungsstelle auch für Straubing.

5. Schwangerschaftsabbrüche ermöglichen

Sollte eine Frau eine Schwangerschaft abbrechen wollen, ist ihr auf Wunsch von Seiten der Gesundheitsämter Information und Unterstützung zu gewähren. Für Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen müssen oder wollen, besteht in zahlreichen Regionen Bayerns eine dramatische Unterversorgung, es gibt dort keine Ärzt*innen, die Abbrüche vornehmen, oder Frauen müssen dazu unzumutbar weite Strecken zurücklegen. DIE LINKE setzt sich auch in Straubing für einen einfachen Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen und eine wohnortnahe Versorgung von Frauen ein.

Die freie Entscheidung zur Vornahme eines Schwangerschaftsabbruches nach der Fristenregelung muss für Ärzt*innen gewährleistet sein. Überdies kämpft DIE LINKE seit Langem auf Bundesebene für die längst überfällige Streichung des Paragraphen 219a aus dem Strafgesetzbuch (sog. »Werbeverbot« für Schwangerschaftsabbrüche). Dieser beschneidet das Informationsrecht von Frauen und ist nicht mehr zeitgemäß. Alle Frauen müssen die Möglichkeit haben, sich so umfassend wie möglich über Schwangerschaftsabbrüche und über entsprechende Ärzt*innen zu informieren. Diese dürfen für diesen Eingriff und für das Bereitstellen von Informationen nicht kriminalisiert werden!

6. Kinderschutz

Immer öfter liest man über Misshandlungen an Kindern oder gar Tötungen. Wir erklären uns dies aus einem gesamtgesellschaftlichen Druck, der immer größer wird und sich an den Schwächsten in unserer Gesellschaft entlädt. Im Arbeitsleben standen früher Arbeitgeber*innen am Pranger, die ihre Arbeitnehmer*innen »ausbeuten«. Heute ist »Selbstoptimierung« angesagt, oft genug kann man sie schon mit »Selbstausbeutung« übersetzen. Die eigenen Bedürfnisse werden systematisch vernachlässigt, die Vernachlässigung Schutzbefehlener ist da naheliegend. Schon die Jüngsten werden auf Hochleistung »getrimmt«. Hinzu kommen noch Konsumdruck und zunehmende Orientierungslosigkeit im Wertesystem. Man könnte das Ganze auch mit dem Begriff »strukturelle Gewalt« zusammenfassen. Wenn nichts Anderes mehr hilft, werden Sündenböcke benötigt, um sie abzuleiten, das sind leider allzu oft Kinder.

Neben der Forderung nach individuellen Hilfen, die versuchen können, aus diesem Teufelskreis von Druck, Vernachlässigung und Gewalt heraus zu finden,

setzt sich DIE LINKE für ein gesamtgesellschaftliches Umdenken ein, als Voraussetzung auch für umfassenden Kinderschutz. Deshalb sind wir auch froh darüber, dass es in Straubing eine übergreifende gute Zusammenarbeit aller Akteure des Kinderschutzes gibt, und dass sich die Angebote der Koordinierenden Kinderschutzstelle¹⁰⁹ im Sozialen Rathaus, mit Vortragsreihen für (werdende) Eltern, Kursen in Erste-Hilfe bei Säuglingen und Kleinkindern sowie Hebammensprechstunden, in der Praxis nicht nur auf Kinder bis 3 Jahren beschränkt. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass Kinderschutz-Konzepte für alle Institutionen und Altersgruppen weiterentwickelt werden und die bewährte Zusammenarbeit aller Akteure im Kinderschutz weiterhin gefördert und bedarfsgerecht ausgebaut wird.

E. Finanzen

Uns ist bewusst, dass der städtische Haushalt keine Partitur für ein Wunschkonzert ist.

Die Verfügbarkeit von Mitteln für bestimmte Vorhaben hängt jedoch nicht nur von der Einnahmeseite ab, sondern ganz entscheidend von der Prioritätensetzung. Deshalb wird DIE LINKE nur solche Projekte fordern und mittragen, die mittelbar oder unmittelbar dem Gemeinwohl zugutekommen. Prestigeprojekte, mit denen sich möglicherweise einige »Stadtoberen« ein Denkmal setzen wollen, lehnen wir ab.

Mit Sorge sehen wir allerdings drei finanzpolitische Bereiche, welche unmittelbar die Stadtfinanzen berühren und Unsicherheiten für die Zukunft enthalten:

1. Die Grundsteuer-Reform

Eine wichtige Einnahmequelle für den städtischen Haushalt ist die Grundsteuer. „Etwa 14 Milliarden Euro nehmen die Kommunen bislang durch die Grundsteuer ein, sie ist eine ihrer wichtigsten Finanzierungsquellen.“¹¹⁰ Deren Grundlage war vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) 2018 für grundgesetzwidrig erklärt worden, weil sie in Westdeutschland von 1964 stammte und im Osten sogar von 1935 und gegen den Gleichheitsgrundsatz des Art. 3 Abs. 1 GG verstieß.¹¹¹ Der Bundesgesetzgeber muss bis Ende 2019 ein neues Gesetz dazu verabschieden. In der Diskussion dazu gibt es zwei Hauptvorschläge, beim einen sollen Grundstücke nach ihrem Wert beurteilt werden, beim anderen nur nach ihrer Größe.¹¹² Der Bundestag hat inzwischen der Gesetzesvorlage zugestimmt und mit Zweidrittelmehrheit auch der erforderlichen Grundgesetzänderung. Diese war nötig, weil sich einige Bundesländer ausbedungen haben, ein eigenes Modell einzuführen, so auch Bayern.¹¹³ Sollte das nach unserer Auffassung unsoziale Bayerische Grundsteuermodell eingeführt werden, muss DIE LINKE sich im Stadtrat dafür einsetzen, dass zumindest über die Hebesätze ein sozialer Ausgleich geschaffen wird.

2. Der steuerliche Querverbund

„Stadtbusse und Aquatherm sind Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge, sie kosten aber mehr Geld, als sie erwirtschaften.“¹¹⁴ Wie in Straubing, so werden auch in vielen anderen Städten defizitäre öffentliche Einrichtungen in gewinnbringende Stadtwerke eingegliedert. Die Gewinne aus Strom- und Gasverkauf kompensieren so die regelmäßigen Defizite anderer öffentlicher Einrichtungen, und werden dadurch niedriger besteuert. Erst dieses Steuer-sparmodell ermöglicht günstige Bustickets oder Schwimmbadeintritte, kommt also letztlich allen Bürger*innen in einer Region zugute. Der „steuerliche Querverbund [ist] im deutschen Körperschaftssteuergesetz ausdrücklich vorgesehen.“¹¹⁵

Eine Vorlageentscheidung des Bundesfinanzhofes (BFH) stellt dieses nun als unerlaubte staatliche Beihilfe bzw. verdeckte Gewinnausschüttung infrage.¹¹⁶

Nun soll der Europäische Gerichtshof (EuGH) darüber entscheiden. Eine Folge könnte eine enorme Steuererhöhung für kommunale Betriebe sein.

DIE LINKE. Straubing positioniert sich klar dagegen, den sog. Querverbund im Steuerrecht abzuschaffen! Bezahlbare Eintrittsgelder und Bustickets in einer Kommune kommen der Allgemeinheit in der betreffenden Region unmittelbar zugute. Würde der Querverbund abgeschafft, hätte dies für den Staat zwar Steuernehreinnahmen aus dem Verkauf rentabler Produkte und Dienstleistungen einer Stadt zur Folge, aus denen durch diesen Staat wiederum unrentable subventioniert werden könnten. Es ist aber nicht gesichert, dass solche Mehreinnahmen wieder regional eingesetzt werden können. Außerdem wäre dieser »Umweg« völlig überflüssig.

3. Die Schuldenbremse

Am 11.11.2013 hat das „Volk des Freistaates Bayern“¹¹⁷ mit Mehrheit die Verfassung geändert und die sog. Schuldenbremse eingefügt. Die Verfassungsänderung¹¹⁸ trat am 01.01.2020 in Kraft, also kurz vor der Kommunalwahl 2020.

Bereits am 01.01.2014 ist eine weitere Verfassungsänderung vom gleichen Tag in Kraft getreten, mit der es nun heißt: „Der Staat gewährleistet den Gemeinden im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit eine angemessene Finanzausstattung.“¹¹⁹

Die länderseitige »Schuldenbremse« kann mit vielfältigen Gefahren für die Gemeindehaushalte verbunden sein.¹²⁰ So könnte der Freistaat Landesaufgaben nicht mehr erfüllen, wozu dann die Kommunen gezwungen wären, ohne einen finanziellen Ausgleich zu erhalten.

DIE LINKE. Straubing wird im Stadtrat also darauf achten müssen, dass die Staatsregierung ihre Verpflichtungen gem. Art. 82 Abs. 2 der Verfassung des Freistaates Bayern einhält und keine Kürzungen vornimmt, die mittel- oder unmittelbar den städtischen Haushalt belasten.

4. Unsere Finanzpolitik im Stadtrat

Unsere Hauptaufgabe im Stadtrat sehen wir darin, die anderen Fraktionen von unseren Ideen zu überzeugen, um so ein wohlwollendes Klima für finanzträchtige Vorhaben zu erreichen. Die Schwerpunkte dessen, was wir beantragen werden, richten sich natürlicherweise an der Einnahmeseite des städtischen Haushaltes aus. Darüber hinaus gibt es für die unterschiedlichsten Investitionen Förderprogramme, die von Straubing noch nicht vollständig genutzt werden. Wir werden darüber hinaus aber für unsere Prioritäten kämpfen und selbstverständlich auch Vorhaben anderer Fraktionen unterstützen, die gemeinwohlorientiert sind und Straubing als lebens- und liebenswerte Stadt weiterentwickeln!

**Wenn Ihnen dies ebenso wichtig ist, dann
unterstützen Sie mit Ihrer Stimme bitte
unsere Stadtratskandidat*innen!**

II. Anhang mit Verweisen

1. Deutsche Übersetzung des Spruchs auf einem Bierdeckel des VHS-Cafés »Über den Tellerrand« in München-Haidhausen.
2. Mit dem sog. Gendersternchen (*) wird ausgedrückt, dass neben männlichen (die vor dem Sternchen stehen) und weiblichen Formulierungen (die hinter dem Sternchen stehen) auch alle anderen Geschlechter gemeint sind. Es kann auch in der Form z. B. »Jede*r« vorkommen.
3. Art. 151 Verfassung des Freistaates Bayern vom 15.9.1919. Ähnlich stand es später in der Weimarer Reichsverfassung: „Die Ordnung des Wirtschaftslebens muß den Grundsätzen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen.“
4. Art 14 Abs. 2 und 3 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG).
5. Damit stehen wir nicht alleine: Seit der Österreicher Christian Felber 2010 die internationale Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung als alternatives Wirtschaftsmodell initiiert hat, haben sich ihr weltweit bereits mehr als 2.300 Unternehmen angeschlossen und immer mehr Gemeinden machen sich auf den Weg zur Umsetzung.
6. Nicht mehr der billigste Anbieter soll in Zukunft Aufträge bekommen, sondern der, welcher nachweist, dass in seiner gesamten Lieferkette, bei seiner Belegschaft und im Management Gemeinwohlorientierung groß geschrieben wird.
7. Um zu verdeutlichen, dass unsere Vorschläge keine unrealistischen Utopien sind, haben wir Beispiele aus den Städten Andernach, Landshut, Mannheim, München, Ratingen, Regensburg, Rosenheim, Stuttgart, Ulm, Utrecht und Wien gewählt, wo sie bereits bestens erprobt wurden. Die Stadt Stuttgart z. B. hat vier Kommunalbetriebe gemeinwohlobilanziert und sich damit als »deutschlandweite Vorreiterin« platziert.
8. Vgl. u. A.: Peter Singer: Glück statt Wachstum als Regierungsziel. „Das Bruttoinlandsprodukt eines Landes sagt wenig über die Zufriedenheit seiner Bewohner aus. Das kleine Bhutan hat reagiert und mehrt das ‚Bruttoinlandsglück.‘“ [<https://www.welt.de/debatte/die-welt-in-worten/article13604103/Glueck-statt-Wachstum-als-Regierungsziel.html>] Wir verurteilen die Verfolgung der nepalesischen Minderheit in Bhutan! [vgl. Unglück statt Wachstum in Spiegel Online, <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/bhutan-unterdrueckt-nepalesische-minderheit-unglueck-statt-wachstum-a-1001608.html>] Die Idee des »Bruttoinlandsglücks« als Richtschnur der Politik dazu, das Wohl der Allgemeinheit und damit der Nutzen für Alle zu mehren, kann uns trotzdem Ansporn sein, es auch in Deutschland zu versuchen.
9. „Das südamerikanische Konzept des »guten Lebens« (»buen vivir«) verfolgt ein Gleichgewicht mit der Natur, die Reduktion von sozialer Ungleichheit, eine solidarische Wirtschaft und eine pluralistische Demokratie mit neuen Räumen zivilgesellschaftlicher Partizipation und ist eine systemkritische Antwort auf das westliche Entwicklungsdenken der letzten Jahrzehnte. [...] Zentral ist dabei eine Rückbesinnung auf die Lebensphilosophie der indigenen Völker Südamerikas, die der Natur einen intrinsischen Wert gibt und die übermäßige Ausbeutung und Instrumentalisierung der Natur als Ressource verurteilt.“ [Lexikon der Nachhaltigkeit, Buen Vivir. https://www.nach-haltigkeit.info/artikel/buen_vivir_1852.htm]

10. »Gemeinwohl Ökonomie« meint ein Lebens- und Wirtschaftssystem, in dem nicht Geldvermehrung, sondern der Nutzen für die Allgemeinheit die oberste Richtschnur ist, wie sich unsere Verfassungsväter und -mütter dies vorgestellt hatten.

11. Susann Worschech: Care Arbeit und Care Ökonomie: Konzepte zu besserem Arbeiten und Leben? „Reproduktion / Care bezeichnen in der sozialwissenschaftlichen und feministischen Debatte einerseits bestimmte Tätigkeiten und Arbeitsbereiche, die eng an Pflege und Versorgung gekoppelt sind. Andererseits wächst seit einigen Jahren auch in den Wirtschaftswissenschaften eine Debatte zur Care-Ökonomie, die nach dem Wert der reproduktiven Arbeit und der (Un-) Logik der Trennung von Ökonomie in produktiv und reproduktiv fragt. [...] Sorgen und Versorgen sind Tätigkeiten, die der Sicherung der menschlichen Grundbedürfnisse dienen und einen nicht geringen Anteil sozialer Beziehungen ausmachen – im privaten wie auch im beruflich-dienstleistungsbezogenen Rahmen.“ [[https:// www.gwi-boell.de/de/2011/02/22/care-arbeit-und-care-%C3%B6konomie-konzepte-zu-besserem-arbeiten-und-leben](https://www.gwi-boell.de/de/2011/02/22/care-arbeit-und-care-%C3%B6konomie-konzepte-zu-besserem-arbeiten-und-leben)]

12. „Wir sind davon überzeugt, dass den vielfachen Krisenszenarien nur durch eine Überwindung des kapitalistischen Ausbeutungssystems, eine Veränderung der Produktions- und Lebensweise, durch globale Solidarität, durch die Überwindung des Geschlechtergegensatzes, die Demokratisierung aller Lebensbereiche und eine Veränderung des Verhältnisses von Mensch und Natur entgegengewirkt werden kann.“ [Programm der Partei DIE LINKE, <https://www.die-linke.de/partei/grundsatzdokumente/programm/>]

13. Bundesverfassungsgericht (BVerfG), Urteil v. 5.11.2019 – 1 BvL 7/16

14. Damit sich alle Menschen angesprochen fühlen können, benutzen wir das Gendersternchen. Das Sternchen soll im Rahmen des geschlechterbewussten Umgangs mit der Sprache, sowohl männliche und weibliche wie auch nicht-binäre Geschlechtsidentitäten zum Ausdruck bringen.

15. Vgl. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/nachhaltigkeits-ziele-verstaendlich-erklart-232174>

16. Vgl. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/die-un-nachhaltigkeitsziele-1553514>. Die weiteren vier Nachhaltigkeitsziele sind: Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern; Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern; Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen und Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederbeleben.

17. Kommunalpolitische Eckpunkte der Partei DIE LINKE. Bayern, verabschiedet auf dem Landesparteitag am 13.07.2019.

18. »Gender Pay Gap« (kurz GPG; auch »Gender Wage Gap«), deutsch etwa »Geschlechter-Einkommenslücke« oder »geschlechtsspezifisches Lohngefälle« beschreibt in der Sozialökonomie und Soziologie den Unterschied zwischen dem durchschnittlichen Brutto-Stundenlohn von Frauen und Männern; er wird als prozentualer Anteil des durchschnittlichen Brutto-Stundenlohns von Männern angegeben. Dabei wird zwischen dem unbereinigten und dem bereinigten Gender Pay Gap unterschieden. In allen Berufsklassen verdienen Frauen in Deutschland weniger als Männer, jedoch ist der Unterschied in Berufen, die üblicherweise von Frauen besetzt werden (sogenannte Frauenberufe) am höchsten. So beträgt der unbereinigte Gender

Pay Gap in Frauenberufen knapp 27 %, in Berufen, die üblicherweise von Männern besetzt werden (sog. Männerberufe) 13%. Bereinigt beträgt der Gender Pay Gap durchschnittlich ca. 2–7%. [Vgl.: Wikipedia: Gender Pay Gap. https://de.wikipedia.org/wiki/Gender_Pay_Gap]

19. Frauen* bedeutet, dass sowohl heterosexuelle Frauen, als auch lesbische, transsexuelle und intersexuelle Frauen (FLTI-Personen) gemeint sind.

20. Mit Geschlechter-Normativitäten sind gemeint a) Heteronormativität:

„Heteronormativität bezeichnet eine Weltanschauung, welche die Heterosexualität als soziale Norm postuliert. Zugrunde liegt eine binäre Geschlechterordnung, in welcher das anatomische/biologische Geschlecht mit Geschlechtsidentität, Geschlechtsrolle und sexueller Orientierung gleichgesetzt wird. Das heteronormative Geschlechtermodell geht von einer dualen Einteilung in Mann und Frau aus, wobei es als selbstverständlich angesehen wird, dass eine heterosexuelle Entwicklung vorgesehen ist und damit der ‚normalen‘ Verhaltensweise entspricht – andere Aspekte der menschlichen Sexualität werden oftmals pathologisiert. Damit können Homophobie und andere Formen der sozialen Menschenfeindlichkeit einhergehen.“ [<https://de.wikipedia.org/wiki/Heteronormativität>]; b) Cisnormativitat: „Die cisnormative Weltanschauung basiert auf mehreren Fehlannahmen: 1. Es gibt nur zwei Geschlechter (männlich und weiblich). 2. Das Geschlecht einer Person lässt sich anhand ihrer Genitalien bestimmen. 3. Bei allen Menschen stimmt grundsätzlich ihr Geschlecht(sbewusstsein) mit ihren Genitalien und damit auch mit dem ihnen nach der Geburt zugewiesenen Geschlecht überein. Das bedeutet, alle Menschen sind cis. Cisnormativitat stellt Cisgeschlechtlichkeit als Norm und Trans* bzw. Intergeschlechtlichkeit als Abweichung dar. Die Charakterisierung von trans* und inter als ‚anders‘ oder ‚unnormale‘ führt zu Diskriminierung und Ausgrenzung innerhalb der Gesellschaft.“ [<https://100mensch.de/lexikon/cisnormativitaet/>]

21. LGBTQI ist die Abkürzung für Lesbian, Gay, Bi, Trans, Queer und Intersex. Auf Deutsch steht das also für lesbisch, schwul, bi-, trans-, queer- und intersexuell.

22. Vgl. Straubinger Tagblatt v. 25.11.2019, S. 2 u. S. 4

23. Vgl.: DIE LINKE BAG Senioren. [<https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/zusammen-schluesse/bag-senioren/>]

24. Altersüberschuldung steigt dramatisch an [Straubinger Tagblatt v. 15.11.2019, S. 7]

25. Ebd.

26. Schuldner- und Insolvenzberatung wird in Straubing vom Caritasverband angeboten, sowie vom gemeinnützigen Verein Professionelle Innovative Sozialarbeit – Pro In So e. V.

27. Vgl. Colin Crouch: Postdemokratie, Suhrkamp, Frankfurt am Main 2008, S. 10. [Wikipedia: Postdemokratie. <https://de.wikipedia.org/wiki/Postdemokratie>]

28. Vgl. Wikipedia: Postdemokratie. Es handelt sich dann um „ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden [...], in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, daß sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben.“ Ein weiteres Merkmal sind nach Colin Crouch „Regierungen [die] seit den 1980er Jahren eine neoliberale Politik verfolgen, die die Privatisierung fördert und den Bürgern mehr Selbstverantwortung aufbürdet. Crouch sieht das zentrale Problem darin, „dass die Angleichung von Lohnniveaus, Arbeitnehmerrechten oder auch Umweltstandards

durch zwischenstaatliche Kooperation langsamer vorangeschritten ist als die Globalisierung unternehmerischer Aktivitäten.“ [<https://de.wikipedia.org/wiki/Postdemokratie>]

29. „Je mehr sich der Staat aus der Fürsorge für das Leben der normalen Menschen zurückzieht und zuläßt, daß diese in politische Apathie versinken, desto leichter können Wirtschaftsverbände ihn – mehr oder minder unbemerkt – zu einem Selbstbedienungsladen machen. In der Unfähigkeit, dies zu erkennen, liegt die fundamentale Naivität des neoliberalen Denkens“, folgert Colin Crouch. Er war 1944 in London geboren worden, ist einer der führenden britischen Politikwissenschaftler und Soziologe. Mit seiner zeitdiagnostischen Arbeit zur Postdemokratie und dem gleichnamigen Buch wurde er international bekannt.

30. Vgl.: z. B. TITIP oder CETA

31. Heute werden rassistische Stimmen immer lauter, es kommt zu immer mehr Gewalttaten gegen Migrant*innen und Angehörige anderer Minderheiten. Gerade deshalb ist Antifaschismus wichtiger denn je. Wir unterstützen und beteiligen uns an antifaschistischen Demonstrationen und Aktionen und sehen es als unsere Pflicht an, gegen rassistische und faschistische Organisationen oder Parteien vorzugehen.

32. Zahlreiche Initiativen, Vereine und engagierte Bürgerinnen und Bürgern in ganz Deutschland setzen sich tagtäglich für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander ein. Bei dieser wichtigen Arbeit unterstützt sie das Bundesprogramm »Demokratie leben!« [<https://www.demokratie-leben.de/bundesprogramm/ueber-demokratie-leben.html>]

33. Vgl.: Evangelischer Fachverband für Arbeit und Soziale Integration (EFAS): Unerhört! Langzeitarbeitslose Nichtwähler melden sich zu Wort. [<http://www.studie-nichtwaehler.de/index.php/unerhoert.html>]

34. Vgl.: Prof. Franz Schultheis bei der Vorstellung der Studie »Unerhört!« [Forum Sozial, 3/2019, S. 7, Langzeitarbeitslose werden zu »Totalverweigerern«]

35. »Mayors for Peace – Bürgermeister für den Frieden« ist ein weltweites Bündnis für die Abschaffung von Atomwaffen. Die Organisation Mayors for Peace wurde 1982 durch den Bürgermeister von Hiroshima gegründet. Aus der grundsätzlichen Überlegung heraus, dass Bürgermeister*innen für die Sicherheit und das Leben ihrer Bürger*innen verantwortlich sind, versucht die Organisation Mayors for Peace durch Aktionen und Kampagnen die weltweite Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern und deren Abschaffung zu erreichen. Das internationale Netzwerk hieß früher »Programm zur Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen«. 1991 wurden die »Mayors for Peace« vom Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen als Nichtregierungsorganisation registriert.

[<https://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Politik/Politische-Gremien/Mayors-for-Peace/Wer-sind-die-Mayors-for-Peace>]

36. Paritätischer Gesamtverband: Jeder Sechste in Deutschland lebt in Armut. [<https://www.tagesspiegel.de/politik/bericht-des-paritaetischen-gesamtverbandes-jeder-sechste-in-deutschland-lebt-in-armut/23756564.html>]

37. NGG warnt vor Altersarmut – 60 Prozent mehr Rentner auf Stütze angewiesen. [Straubinger Rundschau v. 21.10.2019]

38. Vgl. Straubinger Tagblatt v. 20.11.2019

39. „Zu den Berechtigten gehören Personen, die derzeit einschlägige Sozialleistungen beziehen: Empfänger der Alters-Grundsicherung bzw. bei andauernder

Erwerbsminderung, Bezieher von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld, Bewohner von stationären Einrichtungen sowie Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder Wohngeld. Aber auch der Bezug von Pflegegeld oder Mitteln der Kriegsopferfürsorge berechtigen zum Antrag eines Sozialpasses.“ [regio-aktuell-24. <https://regio-aktuell24.de/verguenstigungen-fuer-sozial-schwaechere-im-landkreis-landshut/49504>]

40. 1.200 € mtl. fordert DIE LINKE als Mindestsicherung.

41. Vgl. Emily Engels: Ein Millionen-Plan gegen Armut – Die Stadt will armen Kindern, Jugendlichen und Senioren mit acht Millionen Euro helfen. [Straubinger Tagblatt v. 30.10.2019, sowie Kommentar auf der gleichen Seite.] So will z. B. die Stadt München ab 2020 zur Förderung sowohl von Menschen bzw. Familien, die Anspruch auf Grundsicherung oder Sozialgeld haben, als auch Bedürftigen, die bis zu 10 % über diesen Einkommensgrenzen liegen, jährlich 8 Millionen Euro zusätzlich aufwenden, um einen München Pass mit verbilligten Eintritten in Bäder oder Kulturveranstaltungen einzuführen, energieeffiziente Haushaltsgeräte zu verschenken, mehr Geld für Schulanfänger*innen bereit zu stellen oder kostenlose Mittagessen und eine bessere Berufsberatung.

42. Bundesverfassungsgericht (Fußn. 13)

43. Vgl. „Meist ist es fünf vor zwölf“, Straubinger Tagblatt v. 9.3.2018

44. Ebd.

45. Vgl. Fußn. 41

46. Containern, auch Mülltauchen oder Dumpster Diving genannt, bezeichnet die Mitnahme weggeworfener Lebensmittel aus Abfallcontainern. [Vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Containern>] Das ist nach unserer Rechtsprechung strafbar.

47. Vgl. Straubinger Tagblatt v. 20.11.2019

48. Vgl. Fußn. 38 und 43.

49. Ulrich Soldner, Liegenschaftsamt Ulm. [<http://www.taz.de/Serie-Wohnen-ist-Heimat/> !55579 02/]

50. Münchens Alt-OB Hans-Jochen Vogel fordert seit längerem „eine Reform des Bodenrechts mit einer Deckelung der Bodenpreise, um zu verhindern, dass Mieten ungebremst in den Himmel schießen. Die Baulandpreise in München seien seit 1950 um sage und schreibe 39.000 Prozent gestiegen“ verpflichtet ihm Oberbürgermeister Dieter Reiter bei. Diese Wertsteigerungen beruhen z. B. auf guter Verkehrsanbindung, Schulen und Universitäten, der Gesundheitsvorsorge und dem Kulturangebot der Stadt und sollten deshalb an die Gemeinschaft zurückgehen. Vgl. Straubinger Tagblatt v. 06.03.2019.

51. Vgl. § 172 Baugesetzbuch (BauGB). DIE LINKE. Straubing will in diesem Bereich einen besseren Mieter*innenschutz und hat dies frühzeitig in den kommunalpolitischen Dialog eingebracht: Um angesichts der Schwierigkeiten in der sozialen Wohnraumversorgung den Wohnraum der Betroffenen zu sichern und Verdrängungsprozessen entgegenzuwirken, ist der Mieterschutz bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen auszuweiten und die Möglichkeiten der Umwandlung, insbesondere bei Eigenbedarfskündigungen, einzugrenzen. Hierzu haben auch bayerische Kommunen über den Bayerischen Gemeindetag und den Bayerischen Städtetag Initiativmöglichkeiten für solche gesetzlichen Regelungen, die nicht durch Satzungen von ihnen selbst geschaffen werden können. Dabei ist der Begriff des Eigenbedarfs gesetzlich klarzustellen und enger zu definieren. Damit soll verhindert

werden, dass unter Eigenbedarf entfernte Verwandte oder andere entlegene Zwecke fallen und dass die Eigenbedarfskündigung mit dem Ziel der teuren Weitervermietung bzw. des -verkaufs missbraucht wird. Die Begrifflichkeit ist auf wesentliche Aspekte wie die Vermietung an engste Familienangehörige zu beschränken. Zur Stärkung des Mieterschutzes ist die Kündigungssperrfrist nach § 577 a BGB auf alle ordentlichen Kündigungen des/der (vertragstreuen) Mieter*in auszuweiten. Es sind förderliche Rahmenbedingungen zu schaffen und zu stärken, welche die Mieter*innen bei der Ausübung ihres gesetzlichen Vorkaufsrechts unterstützen (bspw. durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW). Es ist den Landesregierung zu ermöglichen eine Umwandlungsverordnung für alle Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten zu erlassen, nicht nur für Milieuschutzgebiete. Die Ausnahmeregelung in § 172 Abs. 4 Satz 3 Nr. 6 BauGB ist abzuschaffen, die trotz kommunalen Genehmigungsvorbehaltes die unmittelbare Umwandlung einer Miet- in die Eigentumswohnung vorsieht. Dabei sind die Kündigungsschutzfristen aufgrund von bspw. Eigenbedarf für die Mieter*innen auszubauen.

52. „Mit dem Kommunalen Wohnraumförderungsprogramm unterstützt der Freistaat Bayern die Gemeinden dabei, selbst Wohnraum zu planen und zu bauen. [...] Antragsberechtigt sind alle bayerischen Gemeinden. Die Gemeinden müssen Eigentümer der geförderten Wohngebäude bleiben, [...] . Die Förderung setzt sich zusammen aus einem Zuschuss in Höhe von 30 Prozent der förderfähigen Kosten sowie einem zinsverbilligten Darlehen, [...]“

[Kommunales Wohnraumförderungsprogramm – KommWFP.

<https://www.stmb.bayern.de/wohnen/wohnungs-pakt/wohnraumfoerderung/index.php>

53. Vgl. Aktiv im Ruhestand - Magazin für Seniorinnen und Senioren im dbb: Wohnen im Alter; November 2019, S. 12

54. Vgl. Fußn. 53.

55. Allgemeine Erläuterungen zum Straubinger Mietspiegel. [http://www.straubing.de/media/native/pdf/buerger/bauen/mietspiegel_2018.pdf]

56. Fußn. 53, S. 13

57. Ebd.

58. Man spricht deshalb auch von »Sozialisierungsreife« eines Unternehmens. Vgl.: Der Paritätische Gesamtverband: Positionierung zu aktuellen Aspekten in der Diskussion um Wohnraumunterversorgung, Berlin 25.4.2019. [[http://infothek.paritaet.org/pid/fachinfos.nsf/0/750cacc0af62dac1c12583e700465761/\\$FILE/](http://infothek.paritaet.org/pid/fachinfos.nsf/0/750cacc0af62dac1c12583e700465761/$FILE/Positionierung_Wohnraumversorgung_final.pdf)

[Positionierung_Wohnraumversorgung_final.pdf](http://infothek.paritaet.org/pid/fachinfos.nsf/0/750cacc0af62dac1c12583e700465761/$FILE/Positionierung_Wohnraumversorgung_final.pdf)]

59. Vgl. § 291 Strafgesetzbuch (StGB)

60. Nachdem diese Passage unseres Kommunalwahlprogrammes geschrieben war, stand in der Zeitung, dass die Bayerische Staatsregierung am 22.10.2019 eine Bundesratsinitiative beschlossen habe, nach der Mietwucher schon dann geahndet werden könne, wenn „[...] die geforderte Miete in einer Region mit angespanntem Wohnungsmarkt die ortsübliche Vergleichsmiete um mehr als ein Fünftel übersteigt, [...]“ Vgl.: Ralf Müller: Bayern will Mietwucher stärker bekämpfen [Straubinger Tagblatt v. 23.10.2019 S. 5]. Wir verfolgen mit unserem Vorschlag also das gleiche Ziel, meinen aber, dass Wucher schon bei einer zehnpromzentigen Überschreitung beginnen sollte!

61. <https://www.die-linke.de/detail/linksfraktion-bochum-fordert-endlich-ueberblick-ueber-leerstaende-verschaffen/>

62. Zu den Mitinitiatoren gehören: Mieterverein München e.V., der Deutsche Mieterbund Bayern e. V., die SPD München, die SPD Bayern und die Initiative #ausspekuliert

63. Die Begrifflichkeit „Gebiete, in denen die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen zu angemessenen Bedingungen besonders gefährdet ist“, stammt aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB). Die Gemeinden in Bayern mit angespanntem Wohnungsmarkt sind aufgelistet in der Mieterschutzverordnung v. 16.7.2019 (MiSchuV). In Niederbayern gehören nach der Anlage zur MiSchuV z. B. Landshut, Passau, Deggendorf und Dingolfing dazu. [https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayMiSchuV-ANL_1gl]. https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayMiSchuV-ANL_1] Straubing gehört (noch) nicht dazu.

64. Vgl. Mitteilung DIE LINKE. Landesverband Bayern v. 24.10.2019 zum Volksbegehren #6JahreMietenstopp

65. Vgl. Bernd Leutner, Geschäftsführer F + B: Atempause für Mieter [Straubinger Tagblatt v. 25.10.2019 S. 7]

66. Vgl.: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W): Schätzung zur Zahl der wohnungslosen Menschen in Deutschland 2017. [Forum Sozial, 3/2019, S. 6: 650.000 Menschen in 2017 ohne Wohnung] In einem Zeitungsinterview erklärte die in Straubing für Obdachlosenfürsorge zuständige Doris Wöfl am 27.11.2016: „Wir haben eine Obdachlosenunterkunft für Männer und eine für Frauen. Diese Unterkünfte sind aufgrund der gesetzlichen Verpflichtung nach dem Landesstraf- und Verordnungsgesetz zur Gefahrenabwehr dringend erforderlich und auch gut ausgelastet. Wir haben viele junge Menschen da, der Großteil zwischen 18 und 25. Aber auch einige Ältere der Generation 50+ leben bei uns. Bei ihnen ist es oft so, dass der Ehepartner gestorben ist und die Miete für sie allein dann zu teuer wurde. Obdachlosigkeit stellt jedoch nur die Spitze des Eisberges der Wohnungslosigkeit dar, die wesentlich weiter verbreitet ist. „Wer unter Wohnungslosigkeit leidet, hat keine eigene Wohnung, kann aber beispielsweise bei Freunden oder Verwandten unterkommen“, erklärt Wöfl und weiter am 27.11.2016: „Wir sind die letzte Anlaufstelle für diese Menschen“ [Obdachlosigkeit in Straubing. <https://www.idowa.de/inhalt.interview-obdachlosigkeit-in-straubing-wir-sind-die-letzte-anlaufstelle-fuer-diese-menschen.78f70003-32d2-4443-b7da-f38bc1ae9da5.html>] Vgl. auch: Jana Geiger: „Bei uns muss niemand auf der Straße schlafen“ Straubinger Tagblatt v. 05.01.2019 [<https://www.idowa.de/inhalt.straubing-bei-uns-muss-niemand-auf-der-strasse-schlafen.52c3e9d4-3031-4220-8a25-603956cb5401.html>] Michael Born vom Caritasverband für Straubing-Bogen und Ansprechpartner für Fragen zur Obdachlosenhilfe sieht die Situation ähnlich kritisch wie sie. „Wir haben etwa zweimal in der Woche eine Anfrage für unsere Obdachlosenunterkunft“, sagt Born, „also über hundert Anfragen gibt es in einem Jahr auf jeden Fall.“ Das Problem sieht er vor allem im Bereich Sozialwohnungsbau. „Für die unteren Schichten wird nicht genug gebaut.“

67. Vgl. § 22 Abs. 8 SGB II und § 36 SGB XII.

68. Zur Vermeidung von Obdachlosigkeit ist es mittels Beschlagnahme der bisherigen Wohnung möglich, Menschen gem. Art 10 des Bayerischen Polizeigesetzes (BayPAG), die aus ihrer Wohnung geräumt werden sollen, in die bisher bewohnte Wohnung einzuweisen.

69. Vgl.: taz: Bremen beschließt Begrünungspflicht. [<https://taz.de/Pflanzen-auf-Flachdaechern/>!5559895/]

70. „Auch Bündnissprecher Jacob hält die Mehrkosten für den Bau eines Gründaches für unerheblich. So koste ein Quadratmeter eines Gründaches rund acht Euro mehr als ein Quadratmeter eines Kiesdaches.“ [Bremen beschließt Begrünpflicht. <https://taz.de/Pflanzen-auf-Flach-daechern/!5559895/>]

71. „Im niederländischen Utrecht wird seit Jahren an einer grünen und insektenfreundlichen Innenstadt gearbeitet. Dafür sind über 300 so genannter Bee-Stops entstanden - Bushaltestellen mit begrünten Dächern [...]“, die auch bald in Straubing Einzug halten könnten. [<https://www.swr.de/swr1/rp/programm/Vorbild-aus-den-Niederlanden-Begruente-Bushaeuschen-auch-bald-bei-uns,artikel-begruente-bushaeuschen-utrecht-100.html>]

72. Stadt Andernach: Die essbare Stadt [https://www.andernach.de/de/bilder/essbare_stadt_flyerneu.pdf]

73. „Hierbei ist die Perspektive gGmbH, die örtliche Gesellschaft für Bildung, Qualifizierung und Integration von Langzeitarbeitslosen federführend.“ [Ebd.]

74. „Ziel ist es, die Besucher auf öffentliche Toiletten mittels Werbemittel wie Flyer usw. hinzuweisen, aber auch Gastronomen davon zu überzeugen, ihre Toiletten kostenlos den Gästen zur Verfügung zu stellen. Für die Stadt sollen Kosten für den Unterhalt und die Errichtung eigener öffentlicher WC-Anlagen eingespart werden.“ [http://www.straubing.de/de/wirtschaft-und-wissenschaft/stadtmarketing/marketingbereiche/nette_toilette.php]

75. Wenn glühende Zigarettenstummel in den Mülleimer geworfen werden, kann leicht ein Brand entstehen. Bürger*innen werden dadurch abgeschreckt, die Zigarettenstummel in den Müll zu werfen. Sie werfen sie dann lieber auf den Boden, was zur Umweltverschmutzung beiträgt. Integrierte Aschenbecher könnten dieses Problem lösen.

76. Prinzipiell sollte zwar niemand darauf angewiesen sein, Pfandflaschen zu sammeln. Durch die aktuelle Bundes- und Landespolitik ist dies aber für einige Menschen unumgänglich. Diesen Menschen wollen wir zumindest ersparen, im Müll nach Pfandflaschen wühlen zu müssen. Durch die Auffangbehälter können die Bürger*innen ihre nicht mehr benötigte Pfandflasche leicht für jemand zur Verfügung stellen, der das Pfand gebrauchen könnte. Die Behälter sind nicht teuer, geben aber den Sammler*innen ein Stück Würde zurück.

77. Gem. § 11 Buchst. c) Verkehrsraumsondernutzungssatzung (Verkehrsraum-SondernutzungSS, Stand: 1.1.2018) wird insbesondere keine Sondernutzungserlaubnis erteilt „für das Niederlassen zum Alkoholgenuß außerhalb zugelassener Freischankflächen“. Wer dem zuwider handelt, kann gem. § 19 „mit einer Geldbuße bis zu 1.000 Deutsche Mark belegt werden.“

78. Wer sich also in Straubing im Fußgänger-Innenbereich hinsetzt oder steht und dabei ein alkoholhaltiges Getränk trinkt, der begeht eine Ordnungswidrigkeit und muss Strafe zahlen. Niemand will, dass 20 Jugendliche unterm Stadtturm 5 Kästen Bier trinken und dann Passanten anpöbeln. Dies könnte man aber mit einem Platzverweis durch die Polizei regeln.

79. Verboten ist auch gem. § 2 Abs. 3 Nr. 11 Grünanlagensatzung (GrünanlagenS) „[...] der Aufenthalt zum Alkoholgenuß, soweit dadurch die öffentliche Sicherheit und Ordnung beeinträchtigt werden kann“. Der Sprecher der Stadt Straubing Johannes Burgmayer teilte auf Zeitungsanfrage dazu mit: „Verstößt einer dagegen, muss er mit

einem Bußgeld rechnen. In diesem Jahr [hat] es bisher 85 solcher Verfahren gegeben.“

[Sonja Esmailzadeh: Bierloser Bahnhof. Straubinger Tagblatt v. 29.10.2019, S. 10.]

Nicht Jede*r kann es sich jedoch leisten, eine Bar oder ein Restaurant aufzusuchen, wenn sie etwas mit Freund*innen in der Stadt trinken will. Zumindest ein Bier sollte man in der Öffentlichkeit zusammen trinken dürfen. Es darf auch nicht vergessen werden, dass die typische »Weghalbe« auf dem Weg zum Volksfest oder in ein Lokal vom Verbot betroffen ist, sofern man nicht wirklich die ganze Zeit in Bewegung ist, sondern sich kurz auf einer Bank ausruht.

80. Ursprünglich hatten wir gedacht, die Stadt könne das K&L-Gebäude am Ludwigsplatz kaufen und zu einem Kulturzentrum mit einer nichtkommerziellen Galerie für zeitgenössische Kunst ausbauen lassen. Nun wurde über die Presse bekannt, dass K & L das Gebäude verkauft hat, seinen Laden mit verändertem Sortiment aber weiter betreiben will. Trotzdem bleibt die Notwendigkeit eines Bürgerzentrums möglichst in der Innenstadt bestehen.

81. In der VHS in München-Haidhausen gibt es z. B. das mit dem Gastro-Gründerpreis 2019 ausgezeichnete integrative und nachhaltige Café »Über den Tellerrand«, das sehr gut angenommen wird. Man kann dort u. A. selbst entscheiden, ob man für eines der beiden angebotenen Tagesgerichte einen niedrigen (7,- €), einen mittleren (9,- €) oder einen höheren Preis (11,- €) zahlen will. „Wir möchten Euch einladen, gemeinsam mit uns über den Tellerrand zu schauen. Unser Cafe ist ein Sozialunternehmen, das von Geflüchteten und Beheimateten gemeinsam professionell betrieben wird. Wir schaffen einen Ort, an dem sich Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kulturen begegnen und gemeinsam voneinander lernen können. Alle sind willkommen, SchülerInnen und DozentInnen der Volkshochschule genauso wie alle MünchnerInnen, die Lust haben auf die Mischung aus Begegnung, Butterbreze und Baklava.“ [Selbstdarstellung des Cafés »Über den Tellerrand«. <https://ueberdentellerrand.cafe/>]

82. Vgl. Stadt Straubing, Kultur und Bildung: Prospekt „spaziergänge moderne kunst in straubing“

83. Vgl. u. A.: Schreiben des Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler (BBK) v. 20.1.2010 an den Deutschen Bundestag zur gesetzlichen Verankerung von Ausstellungshonoraren, um die Urheberrechtsansprüche bildender Künstler*innen zu sichern und die Benachteiligung gegenüber anderen Künstler*innen zu beenden. Mitunterzeichner sind: Internationale Gesellschaft der Bildenden Künste e. V. (IGBK), (GEDOK), Deutscher Künstlerbund e. V. und die Fachgruppe Bildende Kunst in ver.di. [[https://www.bbk-bundesverband.de/fileadmin/user_upload/wetpdf/ Initiative_2010_-_Brief_und_Antworten.pdf](https://www.bbk-bundesverband.de/fileadmin/user_upload/wetpdf/Initiative_2010_-_Brief_und_Antworten.pdf).] In der Diskussion im deutschen Bundestag 2010 sprach sich u. A. der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Gregor Gysi (MdB) „im Einvernehmen mit der kulturpolitischen Sprecherin Lucrezia Jochimsen“ dafür aus, „einen Rechtsanspruch auf Ausstellungsvergütung im Urheberrecht zu verankern.“ [Vgl.: ebd.]

84. Vgl. Katalog: 10 Jahre Künstlerloge Ratingen 2006 – 2016; Pagina Verlag Goch 2016

85. „Die Themen reichen dabei von Refill-Stationen (SDG 6 ‚Sauberes Trinkwasser‘) über Fahrradwerkstätten und Gebrauchträder (SDG 13 ‚Maßnahmen zum Klimaschutz‘) bis hin zu interkulturellen Bildungsmöglichkeiten (SDG 4 ‚Hochwertige Bildung‘).“ [<https://www.mannheim.de/de/stadt-gestalten/verwaltung/aemter-fachbereiche-eigenbetriebe/strategische-steuerung/der-leitbildprozess-mannheim-2030-wie-sieht-mannheims-zukunft-aus/17-nachhaltigkeitsziele>]

- 86.** Vgl. <https://www.digitales-rathaus.bayern/>
- 87.** Vgl.: Stellungnahmen teils von Ereignissen überholt. [Landshuter Zeitung v. 19.10.2019] Etwa 1.000 Einwendungen waren zu den Planungen des Süd-Ost-Links erhoben worden, die im Oktober 2019 bei einem Termin in Regenstauf erörtert wurden.
- 88.** Wer sich eine Photovoltaik-Anlage installieren lässt und überschüssigen Strom ins Netz einspeist, wird Unternehmer und muss die Umsatzsteuer ans Finanzamt abführen, die ihm der Netzbetreiber für den eingespeisten Strom zahlt. Umsatzsteuer-Voranmeldungen, andere steuerrechtliche Formalien und z. B. die Registrierung im »Marktstammdatenregister« sind für Private u. E. zu aufwendig und kompliziert gestaltet.
- 89.** Vgl. <https://www.br.de/nachrichten/bayern/atomares-endlager-bayerischer-wald-nach-wie-vor-im-rennen,RiGkrwY>
- 90.** Vgl. <https://www.br.de/nachrichten/bayern/oeko-wiesn-klimanutrales-bier-und-co2-ausgleich,RcEwvY9>
- 91.** <https://www.energie-autarke-brauerei.de/#idee>
- 92.** Vgl. Straubinger Tagblatt vom 20.08.2018
- 93.** Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung: Regionale Verteilung von Fahrradunfällen auf dem Schulweg am Beispiel Bayerns – Unterschiede, Ursachen und Präventionsmöglichkeiten. IAG Report 4/2017, S. 2: „Dies belegt, dass das Unfallgeschehen hauptsächlich von der Radnutzung abhängt.“
- 94.** „Generell bietet sich [daher] eine zweigleisige Präventionsstrategie an: Die Radnutzung muss konsequent gefördert (Gesundheitsförderung) und gleichzeitig die Zahl der Unfälle minimiert werden (Unfallprävention).“ [Fußn. 93, S. 56]
- 95.** Vgl. Fußn. 93, S. 57
- 96.** In Straubing stieg die Zahl der Unfälle, an denen Radfahrende beteiligt waren von 96 im Jahr 2017 auf 101 im Jahr 2018, die von Radfahrenden verursacht von 54 auf 96. Auch im Landkreis Straubing-Bogen und in ganz Bayern war in den letzten Jahren eine Steigerung sowohl der Unfallzahlen, als auch der von Radfahrenden verursachten zu verzeichnen. [Vgl. http://www1.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP18/Drucksachen/Schriftliche%20Anfragen/18_0003465.pdf]
- 97.** So etwas gibt es z. B. in Rosenheim. Vgl. Fußn. 93, S. 61
- 98.** Vgl. Fußn. 93, S. 63
- 99.** Vgl. »Fahrradportal«: Radwegdetektive - Schüler erforschen ihr Umfeld [<https://nationaler-radverkehrsplan.de/de/praxis/radwegdetektive-schueler-erforschen-ihr>] Das »Fahrradportal« ist die zentrale Informationsplattform zur Radverkehrsförderung in Deutschland. Es ist eines der vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) im Rahmen des Nationalen Radverkehrsplans (NRVP) geförderten Projekte. Von einer unabhängigen, wissenschaftlichen Stelle, dem Deutschen Institut für Urbanistik gGmbH, werden alle wichtigen Informationen zusammengetragen, die in der Radverkehrsförderung relevant sind.
- 100.** Vgl. Unfallkasse Baden-Württemberg: Fahrrad-Check [<https://www.ukbw.de/sicherheit-gesundheit/aktuelles/fachthemen/verkehrssicherheitsprojekte-und-aktionen/>]
- 101.** Vgl. Fußn. 93, S. 62
- 102.** Vgl.: Kommunalpolitiker haben das Wort – Michael Hien, Stadtrat (CSU) fordert Lastenfahrräder zu fördern [Straubinger Tagblatt (Rundschau) v. 21.10.2019]; sowie: Anfragen im Stadtratsplenum „Auf Wohlwollen von ÖDP und Grünen stieß die Tagblatt-

Kolumne von CSU-Stadtrat Michael Hien, der eine städtische Förderung für Lastenfahrräder gefordert hatte.“ [Straubinger Tagblatt (Rundschau) v. 23.10.2019]

103. Ein Beispiel dafür wäre der Neubau eines Radweges Alburg-Feldkirchen. Mit der neuen Pfarreiengemeinschaft Alburg-Feldkirchen wurde es nämlich für viele Menschen unumgänglich, von Alburg nach Feldkirchen zu kommen um dort die Messe zu besuchen oder am Pfarreileben teilzuhaben. Dies wäre wesentlich vereinfacht, wenn ein durchgehender geteeter Radweg entlang der Straße bestehen würde. Wir fordern deshalb, dass bis zur Stadtgrenze Straubing ein Radweg gebaut wird und mit der Gemeinde Feldkirchen und dem Landkreis darüber verhandelt wird, dass von Feldkirchen aus ein entgegen kommender Radweg gebaut wird.

104. Die Bus-Fahrpläne passen nur sehr bedingt zu den Unterrichtszeiten und den Arbeitszeiten der Firmen. Die Busfahrt vom Ludwigsgymnasium bis nach Alburg dauert beispielsweise mit Umsteigen so lange, dass man auch zu Fuß gehen kann. Die Hauptnutzer des Stadtbusses sind aktuell die Schüler*innen. Auch wenn der Stadtbus für alle in Straubing attraktiver werden soll, muss auf sie ein besonderes Augenmerk gelegt werden.

105. Die »Gesundheitsregion plus« ist ein vom Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege gefördertes Netzwerk im Gesundheitswesen zur Bündelung von Ressourcen. Ein Schwerpunkt ist die Prävention.

In Straubing gibt es die »Gesundheitsregion plus« seit 2017.

106. Zu Wirksamkeit und Umsetzbarkeit des Konzepts aus bayerischer Sicht vgl. <https://www.thieme-connect.com/products/ejournals/html/10.1055/s-0041-110673>. Zum Förderprogramm Gesundheitsregionen Plus https://www.stmgp.bayern.de/wp-content/uploads/2016/04/konzept_gesundheitsregionen_plus_2016.pdf. Zur Gesundheitsregion Plus Straubing <http://www.gesundheitsregionplus-straubing.de/>

107. Zur Förderung durch den Freistaat vgl. <https://www.stmgp.bayern.de/service/foerderprogramme/pflegestuetspunkte/>. Zur Förderung durch den GKV-Spitzenverband vgl. https://www.gkv-spitzen-verband.de/media/dokumente/pflegeversicherung/beratung_und_betreuung/pflegestuetspunkte/2010_08_11_Hinweise_Pflegestuetspunkte2.pdf

108. Vgl.: Investition in Geburtshilfe. [Gäuboden Aktuell v. 24.4.2019]

109. Die KoKi = Koordinierende Kinderschutzstelle [Vgl.: <http://www.straubing.de/de/buerger-und-soziales/kinder-jugend-familie/Kinderschutz/>] ist theoretisch nur für Kinder bis 3 Jahren zuständig, aus guten Gründen wird diese Begrenzung in der Praxis jedoch bedarfsangepasst überschritten.

110. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/service/grundsteuer-was-olaf-scholz-den-laendern-vorschlaegt-a-1240519.html>

111. Bundesverfassungsgericht (BVerfG) Urteil vom 10. April 2018 - 1 BvL 11/14, 1 BvR 889/12, 1 BvR 639/11, 1 BvL 1/15, 1 BvL 12/14. [<https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2018/bvg18-021.html>]

112. Olaf Scholz Vorschlag läuft darauf hinaus, dass Nettokaltmiete, Wohnfläche, Baujahr, Grundstücksfläche und Bodenrichtwert in die Berechnung der Grundsteuer einfließen. Bayern z. B. will dagegen nur nach der Grundstücksfläche berechnen. [<https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/reform-der-grundsteuer-bayern-setzt-sich-durch/24465558.html>]

113. „Für die Änderung des Grundgesetzes, wie sie für die sogenannte ‚Öffnungsklausel‘ kommen muss, haben bei der Abstimmung im Bundestag am 18. Oktober [2019] 495

von 644 Abgeordneten votiert. Damit wurde die nötige Zwei-Drittel-Mehrheit erreicht.“ [Haufe: Bundestag stimmt Grundsteuer-Reform zu: Für Hausbesitzer bleiben Fragen offen. https://www.haufe.de/immobilien/wirtschaft-politik/grundsteuer-reform-nicht-am-ziel-aber-eckpunkte-stehen_84342_483246.html]

114. Anna Rieser: „Eine existenzielle Gefährdung“ [Straubinger Tagblatt v. 26.10.2019 S. 39]

115. Helmut Kruczek, Chef der Straubinger Stadtwerke im Interview mit Anna Rieser. [ebd.]

116. Vgl.: Gericht rüttelt an kommunalem Steuerprivileg – Bundesfinanzhof legt Vorteile für Kommunalunternehmen dem EuGH zur Prüfung vor. [Straubinger Tagblatt v. 25.10.2019]

117. Aus der Präambel des „Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern - Schuldenbremse - vom 11. November 2013“.

118. Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 21/2013, S. 641

119. Neuer Satz 3 in Art. 82 Abs. 2 der Verfassung des Freistaates Bayern. Vgl. Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 21/2013, S. 642

120. „Für die Kommunen ergeben sich aus dem jeweiligen Konsolidierungskurs eines Landes möglicherweise nicht unbeträchtliche Konsequenzen, wenn versucht wird, Konsolidierungslasten auf die kommunale Ebene zu verlagern. Die offensichtlichste - und politisch einfallssloseste - Form sind direkte Kürzungen im Finanzausgleich. Kritischer hingegen sind sog. Befrachtungen, indem bislang aus dem Landeshaushalt an Kommunen gezahlte Beträge nunmehr in den (nicht aufgestockten) Finanzausgleich übernommen werden. Besonders problematisch ist es, wenn es sich (wie bei der Kita-Finanzierung) um ausgesprochen dynamische Positionen handelt. Sie verdrängen – soweit nicht die allgemeinen Zuweisungen tangiert werden sollen – vor allem andere bis dahin geförderte Zwecke. Schließlich gibt es auch noch die Strategie einer persuasiven Politik, indem staatliche Leistungen zurückgefahren werden und darauf vertraut wird, dass der öffentliche Druck die Kommunen letztlich doch zwingt, diese Leistungen auf eigene Kosten zu übernehmen. Denn die Kommune ist die erste Ansprechpartnerin der Bürgerinnen und Bürger - und der/die Bürgermeister/in bei der Urwahl auf deren Stimmen angewiesen.“ Prof. Dr. Gunnar Schwarting, Geschäftsführer des Städtetages Rheinland-Pfalz a. D. in seinem Aufsatz zu Auswirkungen der Schuldenbremse auf den kommunalen Haushaltsausgleich. [<https://www.rechnungshof.sachsen.de/files/Schriftenreihe-Auswirk.Schuldenbremse.pdf>]

The image features a large, solid red shape that curves across the frame, resembling a stylized wave or a thick brushstroke. This red shape is set against a white background that is filled with a repeating pattern of small, colorful diamonds. The diamonds are arranged in a grid and come in various colors including yellow, green, blue, red, and purple. The overall composition is modern and graphic.

die-linke-niederbayern-mitte.de